

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

MONATLICHES E-PAPER

2021 01

BÜRGERKRIEG

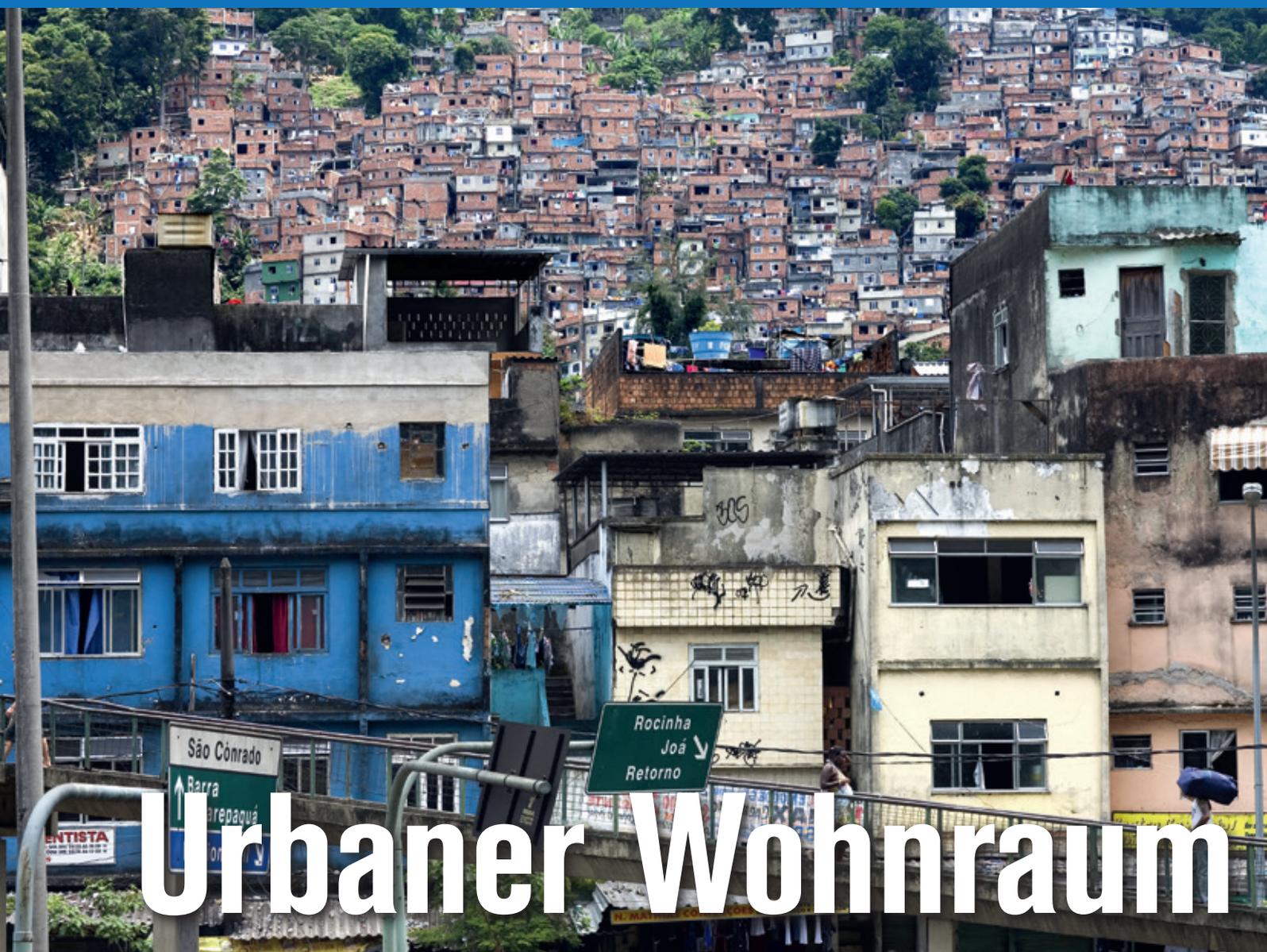
Eritreische Flüchtlinge
sind in Äthiopiens Krise
besonders bedroht

WAHLKRISE

Côte d'Ivoire hat große
Probleme, aber sie sind
jetzt geringer als früher

ARABISCHE DEMOKRATIE

Was Tunesien in zehn
Jahren seit der Revolution
erreicht hat



Urbaner Wohnraum

Monitor

Stimmige Projekte im Kampf gegen den Klimawandel | Chancen und Gefahren von Gendatenbanken | Zuständigkeiten chinesischer Finanzinstitutionen bei Entwicklungsdarlehen | Heutzutage: Sambias Reisebranche hofft auf den Ausbau des Inlandstourismus | Impressum **4**

Debatte

Kommentare zu eritreischen Flüchtlingen in Äthiopien im aktuellem Tigray-Konflikt und zu übertriebenen Erwartungen an die Digitalisierung in Schulen **9**

Tribüne

ANDERSON DIÉDRI

Dialog macht Hoffnung auf Entspannung in Côte d'Ivoire **11**

SOFIAN PHILIP NACEUR

Tunesiens Demokratie braucht Stärkung durch richtige EU-Politik **12**

Schwerpunkt: Urbaner Wohnraum

THUANY RODRIGUES

In den Favelas leben Brasiliens Arme und Benachteiligte **16**

QAABATA BORU

Im kenianischen Flüchtlingslager Kakuma sind Häuser, Straßen und sanitäre Einrichtungen in katastrophalem Zustand **18**

ALPHONCE SHIUNDU

Kenia baut Häuser, um sie an die städtischen Armen zu verkaufen, und geht damit den falschen Weg **20**

DIANA MITLIN UND DAVID SATTERTHWAITE

Slums können nicht einfach abgeschafft werden – folglich müssen die Lebensbedingungen in ihnen verbessert werden **23**

SARAH C. SCHREINER

Trinkwasser ist in Istanbul zum Handelsgut geworden **25**

RAHMAN ABBAS

Slumbewohner schätzen in Mumbai den Chancenreichtum der Metropole **27**

SANNA STOCKSTROM UND MATTHIAS ZILBAUER

Energiebilanz von Gebäuden ist entscheidend für den Klimaschutz **29**

KATJA DOMBROWSKI

Fachliteratur: UN-Habitat lobt öffentlichen Wohnungsbau in Singapur **31**

Covid-19-Tagebuch

Unwissen über Covid-19 als Grund für steigende Todeszahlen in Sambia | Kenia hat mit Korruption im Gesundheitsbereich zu kämpfen **32**

SCHWERPUNKT

Urbaner Wohnraum

Vernachlässigte Viertel

Favelas haben sich von informellen Siedlungen zu benachteiligten Stadtteilen entwickelt. Die Lage der Bewohner ist besser als in den Elendsvierteln von Entwicklungsländern – sie sind aber schlechter gestellt als andere Brasilianer, berichtet die Journalistin Thuany Rodrigues. **SEITE 16**

Herausforderungen in Kenia

Die Lebensbedingungen im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia sind entsetzlich, aber viele Menschen leben jetzt dauerhaft dort. Der Journalist Qaabata Boru berichtet aus eigener Erfahrung. In Kenias Städten verschärft sich die Wohnungsnot. Mit ihrer Wohnungspolitik wird die Regierung das Problem aber kaum lösen, analysiert der Journalist Alphonce Shiundu. **SEITEN 18, 20**

Lebenswertere Slums

Rund einer Milliarde Menschen, die in Slums leben, ist mit deren Abriss nicht geholfen. Die Lösung besteht vielmehr darin, Wohnungen und Infrastruktur den örtlichen Bedürfnissen anzupassen und lokale Gemeinschaften einzubeziehen, argumentieren Diana Mitlin und David Satterthwaite vom Internationalen Institut für Umwelt und Entwicklung in London. **SEITE 23**

Wachstum schafft Probleme

In Istanbul steigt der Bedarf an Wohnraum und städtischer Infrastruktur. Auch für die öffentliche Versorgung, etwa mit Trinkwasser, ergeben sich neue Herausforderungen. Darüber berichtet die Stadtplanerin Sarah C. Schreiner. **SEITE 25**

Stadt der Migranten

Mumbai ist Indiens Wirtschaftszentrum, wirkt aber wie ein Netzwerk von Elendsvierteln. Die Menschen, die in den Slums wohnen, schätzen den Chancenreichtum der Metropole. Rahman Abbas ist selbst in einem Slum aufgewachsen und lebt heute als Romanautor in Mumbai. **SEITE 27**

Wettlauf gegen den Klimakollaps

Bau und Betrieb von Gebäuden sind für knapp 40 Prozent der globalen energiebezogenen CO₂-Emissionen verantwortlich. Deshalb sollte kein Bau- oder Modernisierungsvorhaben mehr ohne Berücksichtigung der Energiebilanz umgesetzt werden, schreiben Sanna Stockstrom und Matthias Zilbauer von der KfW. **SEITE 29**

Mehr als ein Dach über dem Kopf

Wohnen ist leben – das zeigt sich schon daran, dass es dafür in vielen Sprachen ein gemeinsames Wort gibt. Wo und wie jemand wohnt, hat Auswirkungen auf das ganze Leben, von Bildung und Arbeit über Gesundheit bis hin zu sozialer Teilhabe.

Vor allem in Städten ist Wohnraum knapp. Das Bevölkerungswachstum und der ungebremsste Zuzug in die Metropolen treiben den Bedarf nach oben – damit hält die Stadtentwicklung nicht Schritt. Wer vom Land in die Stadt zieht, wer kein gutes Einkommen hat oder aufgrund von Alter, Krankheit oder Behinderung benachteiligt ist, muss oft mit miserablen Wohnverhältnissen zurechtkommen. In manchen Städten in Entwicklungsländern lebt die Mehrheit der Menschen in Slums. Weltweit sind es Schätzungen zufolge rund eine Milliarde.

In Slums ist alles eng. Strom, Wasser- und Sanitärversorgung sind schlecht – wenn es sie denn überhaupt gibt. Straßen und Wege sind meist unbefestigt, und Hütten halten Sturm und Regen nicht stand. Krankheiten sind verbreitet und in vielen Slums auch Kriminalität. Trotzdem betrachtet ein Großteil der Bewohner den Slum als ihr Zuhause, aus dem sie nicht weg wollen. Das soziale Netzwerk schützt sie, und die Lage mitten in der Stadt ist günstig.

Ziel sollte es daher nicht sein, schlechte, informelle Wohngebiete plattzumachen und die Menschen zu vertreiben, sondern dort, wo es möglich ist, die Wohnverhältnisse zu verbessern. Slumsanierung steht denn auch auf der Agenda der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs). Bis 2030 sollen demnach alle Menschen angemessenen, sicheren und bezahlbaren Wohnraum erhalten.

Das wird nicht leicht. Nötig ist dafür kompetente Stadtplanung, die klare Vorgaben macht und Wildwuchs verhindert. Mancherorts fehlt sie komplett. Für eine gute Planung und Umsetzung ist häufig zunächst Capacity-Building in den verantwortlichen Institutionen nötig. Auch bei der Finanzierung, etwa von Infrastrukturmaßnahmen, benötigen viele Metropolen im globalen Süden Unterstützung.

Ein gutes Instrument gegen Wohnungsnot und prekäre Wohnverhältnisse kann öffentlicher Wohnungsbau sein. Wichtig ist dabei, die Bedürfnisse der potenziellen Bewohner zu berücksichtigen. Ein gutes Beispiel bietet laut UN-Habitat Singapur. Zu den Erfolgsfaktoren dort gehörten die starke und frühzeitige Einbindung der Menschen und die Schaffung eines Umfelds, das nicht nur Wohnen, sondern auch Arbeit, Bildung und Freizeit ermöglicht. Breite und aktive Partizipation ist auch bei der Verbesserung bestehender Siedlungen wesentlich.

Wohnen hat nicht nur viele soziale Dimensionen, sondern ist auch ein großer Umweltfaktor. Rund 40 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes stammen aus Gebäuden, und ihr Energieverbrauch steigt stetig an. Das liegt besonders am zunehmenden Kühlbedarf in warmen Ländern und ist gewissermaßen die Kehrseite verbesserter Wohnverhältnisse: Wer eine kleine Slumhütte ohne Strom gegen eine größere Wohnung mit Kühlschrank und Klimaanlage tauscht, erhöht seinen Wohlstand und gleichzeitig seinen Ressourcenverbrauch. Beides hängt eng zusammen.

Deshalb ist es wichtig, sowohl bei Neubauten als auch bei Verbesserungen im Bestand nachhaltige, möglichst lokale Baustoffe zu verwenden, auf Effizienz zu achten und erneuerbare Energien einzusetzen. Klimaneutrale und zugleich komfortable Wohnungen sind möglich – und nötig.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation**.
euз.editor@dandc.eu

Debatte

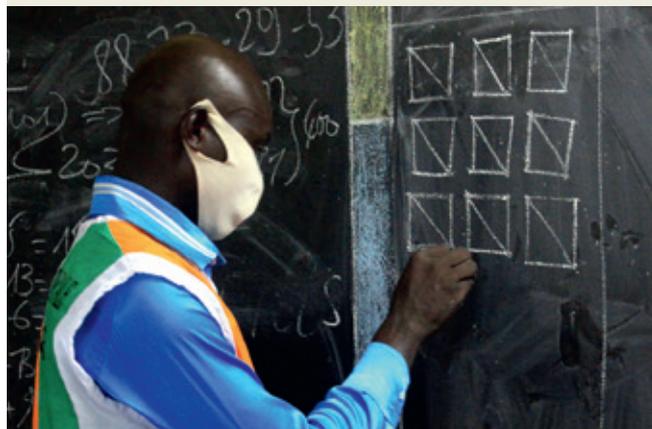


Zwischen den Fronten

Anfang November begann eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der äthiopischen Zentralregierung und der Regionalregierung von Tigray. Eritreische Flüchtlinge sind dabei schutzlos zwischen die Fronten geraten. Die Weltgemeinschaft darf nicht wegschauen, fordert Markus Rudolf vom BICC (Bonn International Center for Conversion).

SEITE 9

Tribüne



Hoffnung auf Entspannung

Alassane Ouattara hat die von Gewalt überschattete Präsidentschaftswahl in Côte d'Ivoire gewonnen, aber die Opposition findet seine dritte Amtszeit verfassungswidrig. Nun machen Gespräche zwischen Ouattara und dem Oppositionschef Hoffnung auf eine Entspannung der Lage, schreibt der Journalist Anderson Diédri.

SEITE 11

Demokratie braucht Unterstützung

Vor zehn Jahren begann in Tunesien mit Massenprotesten der sogenannte Arabische Frühling, der auf viele Länder überschwappte. Tunesien ging als einzige Demokratie in der Region hervor. Die EU sollte wirtschaftliche und migrationspolitische Interessen zurückstellen, um die Demokratie zu unterstützen, meint der Journalist Sofian Philip Naceur.

SEITE 12

ERMUTIGENDE PROJEKTE

Lichtblicke in der Klimakrise

Täglich erreichen uns neue Katastrophenmeldungen zur Klimakrise und zur düsteren Zukunft unseres Planeten. Doch abseits der Weltöffentlichkeit gibt es Menschen, die oft unter schwierigen Umständen Beeindruckendes leisten im Kampf gegen und in der Anpassung an den Klimawandel.

Von Dagmar Wolf

Weltweit leiden Menschen unter den Folgen des Klimawandels; die Ärmsten sind meistens am stärksten betroffen. In seinem Buch „Wie Menschen weltweit das Klima retten“ stellt der Entwicklungsexperte Thomas Kruchem sechs erfolgreiche Initiativen aus Mali, Niger, Bolivien, Haiti, Schottland und den Philippinen vor. Sie kämpfen oft mit einfachen Mitteln gegen die Klimakrise und helfen armen und bedrohten Menschen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und mit den Folgen der Veränderungen besser zurechtzukommen.

Das Start-up „Africa GreenTec“ eines malisch-deutschen Unternehmerpaars beispielsweise verkauft mobile Solaranlagen im ländlichen Mali und stellt so grünen und erschwinglichen Strom bereit. Dadurch

habe sich nicht nur das Leben der Dorfbewohner verbessert, sondern es seien auch neue Geschäftsideen entstanden, wie die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte oder der Verkauf von gefrorenem Fisch, schreibt Kruchem. Gewerblichen Kunden stelle das Start-up-Unternehmen auch hocheffiziente elektrische Geräte zur Verfügung, etwa Notebooks, Scanner und Drucker für Internet-Cafés oder Kühlschränke und Kochplatten für Restaurants.

Bis Ende 2019 hat das Sozialunternehmen dem Buch zufolge 19 solcher Solaranlagen in Containern, sogenannte „Soltainer“, in Mali und einen im Nachbarland Niger aufgestellt. Inzwischen habe Africa GreenTec auch begonnen, kleine Biogasanlagen zu bauen, die vor allem Viehhaltung verwerten und so den Frauen ein gesünderes und klimafreundlicheres Kochen ermöglichen sollen.

Ingenieure, Architekten, Wasserexperten und Sozialarbeiter der kleinen bolivianischen Hilfsorganisation Red Habitat erforschen, wie sich die Wohnsituation und die Wasserversorgung der Armen in La Paz und El Alto verbessern lässt. Hier sorgt der Klimawandel für die Gletscherschmelze

in den Anden. Dies führt zu enormen Wasserschwankungen und zu zunehmender Wasserknappheit. Hinzu kommen die Kontaminierung des Trinkwassers durch den Bergbau und die Ineffizienz und Korruption öffentlicher Wasserunternehmen. Gerade ärmere Haushalte seien deshalb darauf angewiesen, übersteuertes Wasser von oft schlechter Qualität aus Tankwagen zu kaufen. Im Schatten des öffentlichen Wasserwesens seien lokale Selbsthilfesysteme entstanden, die gut funktionierten und etwa 30 Prozent der Bevölkerung mit Wasser versorgten.

So stellten Bewohner in El Alto in gemeinsamen Workshops Tanks zum Sammeln und Filtern von Regen- und Brauchwasser her. Das Wasser dient zum Wäschewaschen, Geschirrspülen und Duschen, aber auch zur Bewässerung von Gemüse im Garten und zur Spülung der Toilette im Haus. 130 Haushalte konnten mit Regenwasserauffangananlagen ausgestattet werden. In einem am Steilhang gelegenen Armenviertel von La Paz sorgt Red Habitat dafür, dass abrutschgefährdete Hänge mit Gabionen (mit Steinen gefüllte Drahtkörbe) gesichert werden. Hier konnten 300 Familien mit einem Wassertank und entsprechenden Leitungen nachhaltig und zuverlässig mit Wasser versorgt werden.

In Haiti hilft die lokale NGO ACAPE (Association des Cadres pour la Protection de l'Environnement) als Teil eines Netzwerks von 40 Organisationen Bauern, ihren Ackerbau mit Hilfe agroökologischer Methoden an das zunehmend unberechenbare Klima anzupassen. An abgeholzten Hängen entstehen so paradiesische Gärten, in denen viele verschiedene Sorten Obst und Gemüse gedeihen – nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch für den Verkauf auf dem Markt. Die agroökologische Landwirtschaft helfe etwa 30 000 Familien, sich dauerhaft an den Klimawandel anzupassen und so der Armut zu entfliehen.

Es sind engagierte Menschen, über die Kruchem in einer Mischung aus Reportage und Sachbuch berichtet. Das Buch macht Mut. Es braucht mehr solcher engagierter Klimaaktivisten, die zeigen, wie man mit kleinen Projekten große Wirkung erzielen kann.

BUCH

Kruchem, T., 2020: **Wie Menschen weltweit das Klima retten. Solar-Pioniere, Wald-Macher, Wasser-Kämpfer.** Frankfurt, Brandes & Apsel.



Sogenannte „Soltainer“ sorgen in Mali für grünen und erschwinglichen Strom für die Dorfbewohner.

BIODIVERSITÄT

Digitalisierung untergräbt Gewinnbeteiligung

Fortschritte in der Gentechnik und der Digitalisierung haben die Arbeit mit genetischen Sequenzen vereinfacht. Gleichzeitig werfen die neuen Möglichkeiten neue Fragen auf, etwa was den Zugang zu Ressourcen betrifft. Ein multilateraler Fonds könnte eine Lösung sein, um Herkunftsländer an Gewinnen zu beteiligen.

Von Katja Dombrowski

Um genetische Ressourcen – zum Beispiel von Pflanzen oder Korallen – zu verwenden, war früher ein physischer Materialtransfer nötig. Viele der Ressourcen stammten und stammen aus den sehr artenreichen Ländern des globalen Südens. Das 2014 in Kraft getretene Nagoya-Protokoll, ein völkerrechtlich bindender Vertrag, regelt, dass die Herkunftsländer an den Vorteilen und Einnahmen aus der Nutzung ihrer Ressourcen beteiligt werden. Das Verfahren ist unter dem Begriff Access and Benefit-Sharing (ABS) bekannt.

Heute ist es dank neuer gentechnischer und biotechnischer Methoden vielfach möglich, Erbgut zu verändern und

neue Organismen zu erzeugen, ohne physisches Material vorliegen zu haben. Es reichen Digitale Sequenz-Informationen (DSI), die in immer größerem Umfang in Genbanken im Internet frei zugänglich sind. Das erleichtert die Arbeit von Wissenschaftlern enorm, kommt aber auch Unternehmen etwa aus der Agrar-, Pharma- oder Kosmetikbranche zugute, die aus DSI neue Produkte entwickeln und mit ihnen Gewinne machen – ohne die Herkunftsländer daran zu beteiligen.

In den Augen von Kritikern ist das Biopiraterie. „Vorher mussten Abkommen und Handelsverträge geschlossen werden, heute kann man das umgehen“, sagt Alejandro Argumedo von der Biodiversitätsstiftung Swift Foundation. „Traditionelle Kenntnisse werden gestohlen, und den indigenen Bevölkerungsgruppen wird die Kontrolle entzogen.“ Der peruanische Aktivist war Gast einer Online-Konferenz zum Thema „Wer profitiert künftig von der biologischen Vielfalt?“, die die Heinrich-Böll-Stiftung Ende Oktober durchgeführt hat.

Ein Beispiel für die kommerzielle Nutzung genetischer Ressourcen ist eine mit

DSI veränderte Kartoffel, die resistent gegen Krautfäule sein und in Ostafrika vermarktet werden soll. Die Kartoffel basiert auf der südamerikanischen Sorte Victoria; entwickelt hat sie das internationale Kartoffelzentrum (Centro Internacional de la Papa – CIP) mit Sitz in Peru, das auch das kommerzielle Nutzungsrecht besitzt.

Argumedo kritisiert sowohl die Genmanipulation der Kartoffel als auch die Tatsache, dass die Quechua, die diese Kartoffel über Jahrtausende entwickelt hätten, nicht an den Gewinnen beteiligt werden. „Die Krautfäule zu bekämpfen wäre auch ohne Gentechnik möglich gewesen“, argumentiert er. Die neue Kartoffel sei nur geschaffen worden, „damit einzelne Firmen damit Gewinn machen können“. Laut Argumedo muss sichergestellt werden, dass die Gewinne den indigenen Völkern zugutekommen, die nachweislich die Artenvielfalt erhielten. „Wir brauchen hier mehr Regularien“, fordert er.

Vor allem europäische und in geringerem Maße auch andere Industrieländer erkennen das Problem mittlerweile an, sagt der Wissenschaftler und Berater Edward Hammond. Die Lösung könnte seiner Meinung nach in einem multilateralen Fonds bestehen: „Er böte eine gute Möglichkeit für Vorteilsausgleich.“ Hammond hofft, dass die nichtkommerzielle Wissenschaftsgemeinschaft – die größte Nutzerin digitaler Sequenz-Informationen – die Notwendigkeit dafür einsieht. „Wir haben eine moralische Verpflichtung dazu“, sagt Hammond. Und auch der extreme Verlust von Biodiversität zwingt dazu, eine Lösung zu finden.

Das Thema wird auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz (COP 15) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD) verhandelt. CBD ist ein völkerrechtlicher Vertrag mit mehr als 190 Vertragsparteien und damit das umfassendste, verbindliche internationale Abkommen im Bereich Naturschutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen. Die Konferenz sollte im Oktober dieses Jahres in Peking stattfinden, wurde aber wegen der Coronapandemie auf das zweite Quartal 2021 verschoben. Eine der wichtigsten Fragen dort wird sein, wie Forschung im öffentlichen Interesse – beispielsweise an Impfstoffen – weiter durch freien Zugang zu DSI ermöglicht und gleichzeitig sichergestellt werden kann, dass gewinnorientierte Forschung einen fairen finanziellen Ausgleich bezahlt.



Die Kartoffel ist eine sehr alte Kulturpflanze aus Südamerika. Marktstand in Arequipa, Peru.

KREDITVERGABE

Licht ins Dunkel

Chinas Entwicklungsfinanzierung ist für viele Außenstehende unübersichtlich. Eine aktuelle Stakeholder-Analyse der Organisation Urgewald zeigt nun detailliert die Zuständigkeiten chinesischer Institutionen auf.

Von Claudia Isabel Rittel

Chinas Vorgehen in Entwicklungsländern ist komplex, aber nicht so intransparent wie oft behauptet. Das sagt die Sinologin Marina Rudyak. Sie ist akademische Mitarbeiterin am Centrum für Asienwissenschaften und transkulturelle Studien der Universität Heidelberg und forscht zu Chinas Entwicklungshilfe. Das Problem sei vielmehr, dass ein Großteil der Informationen ausschließlich auf Chinesisch vorliege.

Um Licht ins Dunkel zu bringen, hat Rudyak für die Nichtregierungsorganisation Urgewald unter dem Titel „Who is who in the Chinese lending institutional landscape“ eine Analyse erstellt. Darin geht sie detailliert auf die wichtigen Geberinstitutionen und ihre Rolle im chinesischen Regierungssystem ein und beschreibt, welche Arten von Krediten China zu welchen Konditionen anbietet.

Laut Rudyak trennt China stark nach bilateralen und multilateralen Krediten. Politisch verantwortlich für multilaterale Kredite ist das Finanzministerium, für bilaterale Kredite hingegen das Handelsministerium.

Die wichtigsten Geber bilateraler Kredite sind die China Development Bank (CDB), die mit einem Vermögen von 2,4 Billionen Dollar die größte nationale Entwicklungsbank der Welt ist, und die Export-Import Bank of China (Exim-Bank) mit Vermögenswerten von 610 Milliarden Dollar. Die CDB soll moderat profitorientiert Kredite vergeben und hat den Rang eines Ministeriums, das direkt dem Staatsrat, Chinas höchstem Verwaltungsorgan, unterstellt ist. Von der Exim-Bank hingegen werden laut Rudyak keine Profite erwartet. Sie habe den Rang eines Vizeministeriums und sei ebenfalls direkt dem Staatsrat unterstellt.

Im Rahmen des Mega-Infrastrukturprojekts „One Belt One Road (OBOR) Initiative“ (siehe Beitrag von Katja Dombrowski im Monitor des E+Z/D+C e-Papers 2017/10) gibt es laut Rudyak jedoch keine klare Arbeitsteilung zwischen den beiden Banken. Hinzu kommt, dass auch die vier großen kommerziellen Staatsbanken eine wichtige Rolle bei der Finanzierung von OBOR-Projekten haben. Für eine „Schuldenfallen-Diplomatie“ sieht Rudyak jedoch keine Belege. „Chinesische Kredite bergen nicht mehr Risiken als andere“, sagt sie.

Der Analyse zufolge gibt es eine Reihe weitere, dem Handelsministerium untergeordnete Akteure, die bei der Vergabe bilateraler Kredite mitmischen. Die Abteilung für Internationale Wirtschaftszusammenarbeit (AIECO) setzt große Infrastrukturvorhaben schlüsselfertig um.

In den Empfängerländern sind die Büros für Wirtschafts- und Handelsberatung (ECCO) in den chinesischen Botschaften und Konsulaten die zentralen Anlaufstellen. Sowohl chinesische Firmen als auch die jeweiligen Regierungen können hier ihre

Projektvorschläge einreichen, zudem sind die ECCOs verantwortlich für die Aufsicht vor Ort. Weitere Abteilungen des Handelsministeriums kümmern sich um Entwicklungshilfe und Entwicklungshilfe-Kredite. Die dem Außenministerium unterstellten Botschafter dürfen zudem Mittel für kleinere Projekte vergeben.

Die politische Steuerung der chinesischen Entwicklungshilfe liegt seit 2018 bei der chinesischen Agentur für Internationale Entwicklungszusammenarbeit (CIDCA). Ihre Verantwortlichkeiten sind jedoch laut Rudyak nicht stimmig geregelt. So solle die CIDCA theoretisch das Handelsministerium bei der Umsetzung der Entwicklungsprojekte überwachen. Da sie als Vizeministerium aber einen niedrigeren Rang habe als das Handelsministerium, sei ihr Einfluss darauf nur sehr gering.

Laut Nora Sausmikat, Leiterin der China-Abteilung von Urgewald, hat sich der Bedarf für die Publikation dieser Analyse in Workshops gezeigt. Immer wieder sei sie von NGO-Vertretern aus dem globalen Süden gefragt worden, wer für sie auf chinesischer Seite Ansprechpartner und welche Bank wie einzuordnen sei. Das nun veröffentlichte Papier solle daher ein „Werkzeug für die Zivilgesellschaft“ sein und zukünftig in Workshops eingesetzt werden.

LINK

Urgewald, 2020: Who is who in the Chinese lending institutional landscape.
<https://urgewald.org/node/865>



Messestand der Export-Import Bank of China.

Urlaub im eigenen Land

Die Coronavirus-Pandemie und die damit einhergehenden Reisebeschränkungen haben den weltweiten Tourismussektor in eine tiefe Krise gestürzt. Sambia bildet da keine Ausnahme. Seit März 2020, seitdem die Reisebeschränkungen in Kraft sind, sind die internationalen Ankünfte in Sambia praktisch auf null geschrumpft. Viele einheimische Reiseveranstalter, Hotel- und Restaurantbesitzer, Kongress- und Festivalorganisatoren sowie Sponsoren von Sportveranstaltungen stehen vor extrem schwierigen Zeiten.

Um einen Teil ihrer Einnahmen zu ersetzen, die durch die Abwesenheit internationaler Besucher verlorengehen, konzentriert sich die Branche auf den Aufbau eines inländischen Tourismusmarktes. Im Oktober 2020 fand in der Maramba River Lodge, vier Kilometer von den Victoriafällen entfernt, die erste sambische Tourismuskonferenz statt.

An der Veranstaltung im Süden Sambias nahmen über 150 Reiseveranstalter und andere Branchenmitglieder teil. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Einheimische ermutigt werden können, innerhalb ihres eigenen Landes zu reisen.

„Es ist sehr wichtig, dass wir uns hier treffen und uns beraten“, sagte Eugene Mapuwo, der Bürgermeister von Livingstone, der Ausgangsort für Ausflüge zu den Victoriafällen. „Wir müssen Online-Marketingstrategien entwickeln, wenn wir wieder auf die Beine kommen wollen“, sagte die Managerin der Shamba Lodge in Kitwe, Simone Layton.

Die Zambia Tourism Agency, eine Regierungsbehörde, stellt Reisepakete

zusammen, die auf Reisen im Inland zugeschnitten sind, sagte Marketingdirektor Mwabashike Nkulukusa. „Es muss ein Gesamtpaket sein, das Preise, Angebote und Werbung einschließt.“

Einige Delegierte standen dieser Strategie skeptisch gegenüber und wiesen darauf hin, dass die Bevölkerung Sambias über zu wenig Einkommen für Reisen verfüge.

Andere Branchenmitglieder fordern, dass die Regierung die Steuern senken soll. Sie müssten 10 bis 15 Prozent Lohnsteuer für ihr Personal zahlen, zuzüglich 16 Prozent Mehrwertsteuer und einer Tourismusabgabe von 1,5 Prozent. Diese Abgaben erhöhten ihre Geschäftskosten und verteuerten die Reisen.

Bisher hat die Regierung ein wenig geholfen, indem sie den Reiseveranstaltern und Hoteliers mehr Zeit für die Zahlung von Einkommens- und Mehrwertsteuern einräumt. Außerdem wird der Inlandstourismus nun öffentlich gefördert. „Ich ermutige alle Bürger, die Tourismusbranche zu unterstützen und gleichzeitig die Gesundheitsrichtlinien von Covid-19 einzuhalten“, sagte Finanzminister Bwalya Ng'andu.

Tatsächlich hat Sambia Touristen viel zu bieten, egal woher sie kommen. Abgesehen von den berühmten Victoriafällen gibt es noch andere beeindruckende Wasserfälle und den mächtigen Sambesi-Fluss. Mehrere Nationalparks und Wildreservate bieten die Möglichkeit, Wildtiere zu beobachten, während städtische Gebiete ein Fenster zur vielfältigen Kultur des Landes sind.

Sambias Bemühungen, den Inlandsreiseverkehr anzukurbeln, könnten Tourismusanbietern in anderen Ländern Ideen und bewährte Praktiken liefern. Nach Angaben des Branchenverbands World Travel and Tourism Council wird die Tourismusbranche weltweit bis Ende 2020 um bis zu 30 Prozent schrumpfen, und es werden rund 50 Millionen Arbeitsplätze verlorengehen.



DERRICK SILIMINA ist freiberuflicher Journalist in Lusaka, Sambia. Seine Themen sind Landwirtschaft und

Nachhaltigkeit.
derricksilimina@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
62. Jg. 2021

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 22.12.2020 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Dagmar Wolf (Assistenz)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk, Katja Dombrowski,

Aviva Freudmann, Monika Hellstern (Social Media),

Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung),

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

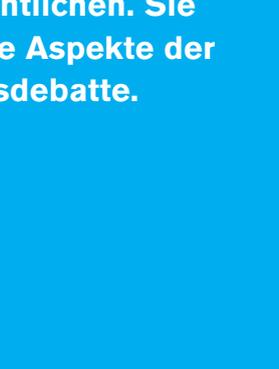
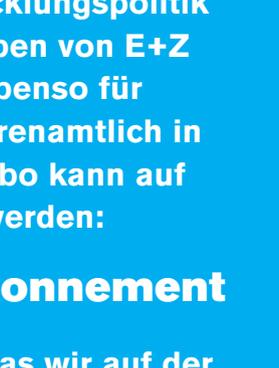
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



HORN VON AFRIKA

Zwischen den Fronten

Eritreische Flüchtlinge sind in Äthiopiens aktuellem Tigray-Konflikt besonders bedroht. Die Weltgemeinschaft darf nicht wegschauen.

Von Markus Rudolf

Anfang November begann eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der äthiopischen Zentralregierung und der Regionalregierung von Tigray. Bis Mitte Dezember waren rund 50 000 Menschen in den Sudan geflohen. Sie berichten vom Leid der Zivil-

dent Isayas Afwerki mit harter Hand – während ein TPLF-dominiertes Bündnis Äthiopien bis 2018 zunehmend autoritär regierte.

In den 1990er Jahren entfremdeten sich Asmara und Addis Abeba schnell. Im äthiopisch-eritreischen Krieg starben von 1998 bis 2000 bis zu 100 000 Menschen. Formaler Frieden wurde erst 2018 geschlossen, als die TPLF angesichts wachsender ethnischer Spannungen in ganz Äthiopien ihre dominante Stellung verloren hatte. Sie hat sich mittlerweile gegen den neuen Premierminister Abiy Ahmed gestellt. Sie lehnt auch

scheinlichkeit bietet Eritrea äthiopischen Truppen zumindest logistische Unterstützung und Rückzugsmöglichkeiten.

Mittlerweile sind viele eritreische Flüchtlinge auch innerhalb Äthiopiens weitergeflohen. Sie berichten von katastrophalen Verhältnissen in den Lagern in Tigray. Nahrungs- und Hilfslieferungen seien ausgeblieben und die für die Verwaltung Verantwortlichen geflohen.

Die TPLF bezeichnet den gegenwärtigen Konflikt als landesweiten Genozid an den Tigrinya. Die Zentralregierung wiederum macht Tigray-Milizen für ein Massaker in Mai Kadra verantwortlich. Die Opfer dort sind überwiegend Saisonarbeiter aus der benachbarten Amhara-Region gewesen. Dort gibt es indessen auch Lager mit eritreischen Flüchtlingen, und die Zahl der Schutzsuchenden aus Tigray wächst rasant.

Klar ist, dass eritreische Flüchtlinge in Äthiopien schutzlos zwischen die Fronten geraten sind. Die Zentralregierung hat Tigrays Hauptstadt Mek'ele besetzt und Premierminister Abiy hat den Sieg verkündet. Humanitäre Korridore wurden versprochen und eingerichtet, aber die Armee verwehrt UN-Personal bisher den Zugang zu bestimmten Flüchtlingscamps. Über die Lage dort gibt es keine zuverlässige Information. Unklar war Mitte Dezember zum Beispiel, ob mehrere tausend Eritreer über die Grenze nach Eritrea zurückgebracht oder als Geiseln von der TPLF verschleppt wurden. Das eritreische Regime bezeichnet die Flüchtlinge als Deserteure, die seiner zeitlich unbegrenzten Wehrpflicht entgehen wollen. Die TPLF wiederum versucht offensichtlich, eritreische Flüchtlinge für ihren Kampf zu rekrutieren, wohl auch unter Zwang.

Schon vor Beginn der aktuellen Militäroperationen gab es in Äthiopien zwischen einer und 3 Millionen Binnenvertriebene. 2020 lebten in Äthiopien zudem 800 000 internationale Flüchtlinge. Jede weitere Eskalation in Tigray und umliegenden Gebieten würde ohnehin bestehende Probleme weiter verschärfen. Die Weltöffentlichkeit darf nicht wegschauen.



Flüchtlinge aus Tigray im Sudan Anfang Dezember 2020.

bevölkerung in einer weitgehend intransparenten Lage. Die Zahl der Binnenvertriebenen dürfte eine Million betragen.

Die Lage ist explosiv und hat eine komplizierte Vorgeschichte. Die Tigray People's Liberation Front (TPLF), welche die Regionalregierung stellt, war eine der stärksten Parteien im Bürgerkrieg, der 1991 mit dem Sturz des Militärherrschers Mengistu Haile Mariam endete und zur Unabhängigkeit Eritreas führte. Seitdem herrscht dort Präsi-

Eritreas Regierung weiterhin ab und solidarisiert sich mit eritreischen Flüchtlingen. Brisanterweise gehören die meisten dieser Flüchtlinge zur Volksgruppe der Tigrinya, deren Region in Äthiopien Tigray ist und welche die TPLF zu vertreten beansprucht.

Im aktuellen Konflikt kooperiert Eritrea nun mit der äthiopischen Armee. Es gibt sogar Berichte über Einsätze des eritreischen Militärs in Tigray. Sie sind nicht ausreichend belegt, aber mit sehr hoher Wahr-



MARKUS RUDOLF
ist Senior Researcher am
Internationalen
Konversionszentrum Bonn
(Bonn International Center for

Conversion – BICC).
markus.rudolf@bicc.de

DIGITALISIERUNG

Unerfüllte Erwartungen

Digitalisierung ist der große Trend in allen Bereichen der Entwicklungspolitik, so auch in der Bildung. Diese Entwicklung geht jedoch an den wahren Bedürfnissen der Ärmsten vorbei. Das Versprechen, Digitalisierung sei ein Allheilmittel zur Überwindung analog ungelöster Defizite, ist eine Illusion. Vielmehr macht sie bedürftige Gesellschaften des globalen Südens noch weiter abhängig von westlichen Gebern.

Von Julia Maria Fesser

Die internationalen Geber arbeiten auf Hochtouren daran, besonders im Bildungsbereich digitale Lösungen in Ländern des globalen Südens umzusetzen, und sie verlagern große Summen in entsprechende Finanztöpfe für Digitales. Man kann von einem Erdrutsch sprechen, den die thematische Fokussierung internationaler Entwicklungspolitik, beschleunigt von Covid-19, in kürzester Zeit erlebt hat. Vor allem im Bildungssektor sollte dabei jedoch stets die Frage nach Qualität und Sinnhaftigkeit von Digitalisierungsmaßnahmen gestellt werden.

Es besteht die Gefahr, dass sich ein bekanntes Muster der Entwicklungszusammenarbeit wiederholt: Gut gemeint ist

nicht gut gemacht. Zu viele Aspekte müssen gründlich abgewägt werden, als dass in so kurzer Zeit ein qualitativ hochwertiges digitales Angebot entstehen kann. Es ist beispielsweise unstrittig, dass es nicht ausreicht, nur Hardware anzuschaffen. Denn während es vielerorts nicht einmal eine ausreichende Stromversorgung gibt, verfügt laut UNESCO nur rund die Hälfte der Weltbevölkerung über eine stabile Internetverbindung.

Hinzu kommt, dass Schüler auch zu Hause häufig weder die nötigen PCs noch die Lernbedingungen vorfinden, um einem digitalen Unterricht angemessen folgen zu können. Lehrer bekommen ihrerseits kaum ausreichendes Training und qualifizierten technischen Support, und eine entsprechende Lern- und Lehr-Software ist selten vorhanden.

Die Ausarbeitung einer solchen Software erfordert Jahre. Sie soll nicht bloß dazu dienen, analoges Vorgehen mithilfe eines Bildschirms zu replizieren, sondern die tatsächlichen didaktischen Möglichkeiten digitaler Werkzeuge auszuschöpfen. Meist wird außer Acht gelassen, dass die Digitalisierung von Schulen ebenso einen funktionierenden technischen Support erfordert, der jeder Schule unabhängig von ihrem

Standort gleichermaßen zugänglich sein muss. Die entsprechenden Mitarbeiter müssen ihrerseits für die Behandlung von Hardware- und Softwareproblemen geschult werden, erreichbar und verlässlich sein. Der finanzielle und logistische Aufwand dieser Lösung wird somit in seinen Grundzügen deutlich.

Es braucht Gewissheit, dass ein solch umfassender Service lückenlos und landesweit bereitgestellt wird, sonst kann das Modewort Digitalisierung unmöglich die hohen Erwartungen im Bildungssektor erfüllen. Vielmehr entsteht bei einem punktuellen Einsatz das Risiko wachsender Bildungsungleichheit und schlechterer Lernbedingungen – das Gegenteil dessen, was sich die internationale Gemeinschaft erhofft.

Die Herausforderungen für digitale Bildung im globalen Süden sind so umfassend, dass sie in keinsten Weise durch Digitalisierung allein adressiert werden können. Wenn Lehrkräfte von ihren Löhnen nicht leben können und der Unterricht aus verschiedenen Gründen häufig ausfällt, dann müssen zunächst diese Probleme angegangen werden, um die Grundlagen für gute Bildung zu schaffen.

Digitalisierung ist nicht selbstgerecht und darf Gesellschaften nicht kurzfristig übergestülpt werden. Sie ist nur ein Mittel zum Zweck, der vielschichtig ist und individuell angepasste Lösungen braucht. Die Pandemie weckt in uns den Wunsch nach positiven Nachrichten darüber, dass aus jeder Krise auch Chancen erwachsen können. Doch Sehnsucht ist kein guter Berater in einem Politikfeld, das einen langen Atem braucht, um nachhaltige Erfolge verbuchen zu können. Digitalisierung kann daher auch erst dann als Heilsbringer im Bildungssektor angesehen werden, wenn die Grundlagen dafür geschaffen und in ihre Umgebung verwurzelt wurden. Es darf kein Wettrennen zwischen Gebern entstehen, welches quantitative Erfolge und Berichtszahlen über den tatsächlichen Nutzen digitaler Bildungswerkzeuge im globalen Süden stellt.



Nicht alle Kinder haben die gleichen Möglichkeiten: Online-Unterricht per Smartphone in Zentral-Java in Indonesien während der Corona-Pandemie.



JULIA MARIA FESSER
studiert Public Policy an der Hertie School in Berlin und der Sciences Po in Paris.

Zuvor arbeitete sie im

GIZ-Verbindungsbüro zur Afrikanischen Union in Addis Abeba.

julia@jfesser.de



Stimmuszählung in Abidjan.

MACHTKAMPF

Hoffnung auf Entspannung

Alassane Ouattara hat die von Gewalt überschattete Präsidentschaftswahl in Côte d'Ivoire haushoch gewonnen. Die Opposition hält eine dritte Amtszeit des amtierenden Staatschefs für illegitim und hatte zum Boykott der Abstimmung aufgerufen. Das Ergebnis erkennt sie nicht an. Mittlerweile machen Gespräche zwischen Ouattara und Oppositionschef Henri Konan Bédié Hoffnung auf eine Entspannung der Lage. Der Kampf für Demokratie geht weiter.

Von Anderson Diédri

Präsident Ouattara verkündete am 6. August dieses Jahres überraschend, doch bei der Wahl am 31. Oktober zu kandidieren. Im März hatte er noch vor dem Parlament erklärt, das Feld einer „neuen Generation“ überlassen zu wollen.

Doch der plötzliche Tod von Premierminister Amadou Gon Coulibaly am 8. Juli änderte die Lage. Coulibaly sollte für die Regierungspartei Rassemblement des Houphouëtistes pour la Démocratie et la Paix (RHDP) ins Rennen um die Präsidentschaft gehen. Ouattara sah es nun als seine

„Bürgerpflicht“ an, an dessen Stelle zu treten.

Der 78-Jährige hat bereits zwei Amtszeiten hinter sich: Er wurde 2010 gewählt und 2015 wiedergewählt. Mehr Amtszeiten lässt die Verfassung nicht zu, weshalb die Opposition Ouattaras Kandidatur für unrechtmäßig hielt. Die Machthaber berufen sich hingegen darauf, dass die Verfassung 2016 geändert wurde, was eine neue Zählung der Amtszeiten nach sich gezogen habe.

Der Verfassungsrat, die letzte Instanz der Wahlgesetzgebung, ließ Ouattaras Kandidatur zu. Auch Oppositionschef Henri Konan Bédié und zwei weitere Kandidaten durften antreten. Ex-Präsident Laurent Gbagbo und Ex-Premierminister Guillaume Soro, die beide im Exil in Europa sind, wurden hingegen nicht zugelassen. Der Internationale Strafgerichtshof hat Gbagbo wegen der Gewalt nach den Wahlen von 2010 vor Gericht gestellt, ihn aber im vergangenen Jahr freigesprochen. Soro wurde von einem Gericht in Abidjan wegen Veruntreuung und Geldwäsche zu 20 Jahren Haft verurteilt. Der Afrikanische Gerichtshof für Men-

schenrechte argumentierte jedoch, dass die Bürgerrechte beider Männer in Côte d'Ivoire wiederhergestellt werden müssen – die ivoirischen Behörden haben dieses Urteil aber bisher ignoriert.

DIE TRAGÖDIE VON 2010

Im Jahr 2010 erkannte Gbagbo den offensichtlichen Wahlerfolg Ouattaras nicht an und blieb mit Hilfe der Sicherheitskräfte an der Macht. Etwa 3000 Menschen starben bei Zusammenstößen. Erst nach dem Eingreifen des französischen Militärs konnte Ouattara, der früher für den Internationalen Währungsfonds gearbeitet hat, sein Amt antreten. Westliche Regierungen halten ihn für einen reformorientierten Politiker, aber Kritikern zufolge hätten sie deutlich machen müssen, dass eine dritte Amtszeit als Präsident inakzeptabel ist.

Vor diesem Hintergrund rief die Opposition unter der Führung des 86-jährigen Bédié, der von 1993 bis 1999 an der Staatsspitze stand, ab dem Sommer zu zivilem Ungehorsam auf. Sie forderte, dass Ouattara nicht erneut zur Präsidentschaftswahl antrete und dass die Wahlkommission und der Verfassungsrat reformiert werden. Beide stehen nach Ansicht der Opposition unter dem Einfluss der Regierung.

85 TOTE

Viele Anhänger folgten dem Boykott-Aufruf. Zudem kam es zu Gewalt im Umfeld der Wahl: 85 Tote und 225 Verletzte sind die von offizieller Seite veröffentlichte Bilanz. Zum Teil spiegelte die Gewalt ethnische Spaltungen wider, die den Bürgerkrieg in den ersten Jahren des Jahrtausends hervorgerufen hatten. Wie in vielen Ländern der Sahelregion gibt es Konflikte zwischen dem vergleichsweise armen und überwiegend muslimischen Norden und dem wohlhabenderen und überwiegend christlichen Süden. Zuwanderung aus armen Nachbarländern hat die Spannungen noch verschärft.

Teilnehmer des Wahlboykotts sagen, von ihnen sei keine Gewalt ausgegangen. Dafür seien andere verantwortlich. Laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat die Polizei bei der Auflösung von Demonstrationen Unterstützung von gewalttätigen jungen Männern erhalten.

Nur 53 Prozent der Wahlberechtigten nahmen an der Abstimmung am 31. Oktober

teil, 94 Prozent von ihnen stimmten für Ouattara. Internationale Beobachter erklärten, dass die politische Situation und die Sicherheitslage einer fairen und glaubwürdigen Präsidentschaftswahl nicht zuträglich gewesen seien.

Zwei Tage später verkündete die Opposition die Einsetzung eines nationalen Übergangsrats unter Bédiés Leitung, um die Voraussetzungen für die Organisation einer neuen, transparenten und inklusiven Präsidentschaftswahl zu schaffen. Die Machthaber sahen darin einen Angriff auf die Autorität des Staats und ließen mehrere Verantwortliche aus den Reihen der Opposition verhaften. Tausende Menschen flüchteten aus dem Land.

GEGNER IM GESPRÄCH

Diese sehr angespannte Situation schien sich aber allmählich zu entschärfen. Ouattara und Bédié trafen sich am 11. November im Golfhotel von Abidjan und brachen die Mauer des Schweigens. Das machte vielen

Menschen Hoffnung. Wenige Tage später erklärte Bédié allerdings, er werde die Gespräche nicht fortsetzen, solange die Verhafteten nicht freigelassen würden und die Geflüchteten nicht in Sicherheit zurückkehren könnten. Die Lage war schwierig – aber nicht so verzweifelt wie während des Aufstands von 2002 oder nach den Wahlen von 2010.

Mitte Dezember legte Ouattara dann abermals den Amtseid ab. Zu seinem Kabinett gehört nun ein prominenter Oppositioneller als Minister für Versöhnung. Andere wichtige Oppositionelle bestreiten dennoch weiterhin die Rechtmäßigkeit von Ouattaras dritter Amtszeit.

Ouattara und Bédié sind alte Bekannte. Es ist schwer zu beurteilen, ob das in der aktuellen Lage hilft oder nicht. Nach dem Tod des Anführers der Unabhängigkeitsbewegung Félix Houphouët-Boigny 1993 haben sie sich jahrzehntelang um die Macht gestritten. Beide begannen ihre politische Karriere in Houphouët-Boignys Gefolgschaft und reklamierten später die Nachfol-



ge für sich. Andererseits bildeten sie 2005 gemeinsam die Parteienkoalition RHDP (Rassemblement des Houphouëtistes pour la démocratie et la paix) und wandelten sie 2019 in eine einzelne Partei um. Ihr Kandidat war 2020 Ouattara.



ANDERSON DIÉDRI
ist Journalist in Abidjan.

*diedrimanfeiaanderson@
yahoo.fr*

POLITISCHER WECHSEL

Unterstützt Tunesiens Demokratie

Vor zehn Jahren begann in Tunesien mit einem Massenaufstand gegen Langzeitdiktator Zine el-Abidine Ben Ali der sogenannte Arabische Frühling, der auf viele Länder in Nordafrika und Nahost überschwappte. Tunesien ging als einzige Demokratie in der Region daraus hervor. Die EU sollte ihre wirtschaftlichen und migrationspolitischen Interessen zurückstellen, will sie dem Land wirklich langfristig helfen.

Von Sofian Philip Naceur

Am 13. Oktober 2019 mobilisierte der Sieg Kaïs Saïeds bei der Präsidentschaftswahl nach langer Zeit wieder die Massen. Tausende Demonstranten versammelten sich im Zentrum der Hauptstadt Tunis, sie skandierten Parolen und schwenkten Tunesiens Nationalfahne, um den Wahlsieg des Polit-

neulings zu feiern. Saïed hatte die Stichwahl für das Präsidentenamt erdrutschartig gewonnen. Der ohne Partei oder etablierte Basis im Rücken angetretene politische Quer-einsteiger und Verfassungsrechtler hatte einen Nerv getroffen und erstmals seit Jahren sogar Optimismus im Land verbreitet. Denn er gilt als glaubwürdig und vor allem als nicht korrumpierbar.

Der Urnengang war eine klare Absage an die Politik der gemäßigten Islamisten der Ennahda-Partei und des marktradikalen und von Korruption zerrissenen bürgerlichen Lagers. Die mit Saïeds Wahl verbundene Hoffnung auf eine Politik, die sich den Zielen des Aufstandes von 2011 verpflichtet sieht, wurde aber enttäuscht. Frustration und Ernüchterung im Land sind zehn Jahre nach Ausbruch der Revolte omnipräsent. Zwar sind Meinungs- und Pressefreiheit

weitgehend garantiert, und es finden freie Wahlen statt. Doch zentrale Forderungen der Revolution sind bis heute unerfüllt. Der damals aufbegehrenden Jugend ging es schließlich nicht nur um politische Freiheiten, sondern auch um soziale Gerechtigkeit und ein Ende von Korruption und Misswirtschaft.

DER STURZ BEN ALIS

Unmittelbarer Auslöser des Aufstandes war die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 im zentraltunesischen Sidi Bouzid. Polizeikräfte hatten kurz zuvor die Waren des 26-Jährigen konfisziert und ihn damit seines Einkommens beraubt. Die durch seinen Tod ausgelösten Proteste in der Provinz weiteten sich auf das ganze Land aus und wurden rasch zu einer Massenbewegung gegen die Diktatur des seit 1987 regierenden Ben Ali. Am 14. Januar 2011 beugte dieser sich dem Druck der Straße und floh nach Saudi-Arabien. Hier verstarb er im September 2019 – unbehelligt von Tunesiens Justiz.



Demonstranten in Tunis verlangen im Dezember 2020, dass die Behörden versprochene Reformen für die Region Kairouan erfüllen.

Sein Sturz war der Beginn einer andauernden politischen Übergangsphase, durch die die Diktatur des alten Regimes abgeschüttelt werden konnte. Doch soziale Ungleichheiten, eine schwere Wirtschaftskrise und handelspolitische Abhängigkeiten von Europa machen dem Land bis heute zu schaffen. Tunesiens Zivilgesellschaft ist dennoch weiterhin einzigartig in der Region und einer der wichtigsten Verteidiger der 2011 erkämpften Freiheiten. Unzählige Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften, lokale Protestbewegungen und die regierungskritische Presse stellten sich seither immer wieder lautstark gegen konterrevolutionäre Vorstöße der alten Eliten und sind ein Garant dafür, dass in der neuen Verfassung von 2014 festgeschriebene Freiheitsrechte bisher nicht merklich verwässert werden konnten.

EXPLOSIVE SOZIALE LAGE

Trotz offener und kontroverser politischer Debatten und parteipolitischen Pluralismus gibt es aber Rückschläge für Tunesiens junge Demokratie. Die bis heute nicht aufgeklärten politisch motivierten Morde an den Linkspolitikern Chokri Belaïd und Mohamed Brahmî 2013, die Terroranschläge von 2015 und fast durchgängig instabile politische Verhältnisse – der amtierende Premierminister Hichem Mechichi ist bereits der zehnte Regierungschef seit 2011 – lassen das Land nicht zur Ruhe kommen.

Tunesiens Politik wurde durchgängig von Ennahda und den mit den alten

Eliten verbandelten bürgerlichen Parteien dominiert. Diese waren aber unfähig und nicht willens, die eklatante soziale Misere in den seit Jahrzehnten vernachlässigten Provinzen in West- und Südtunesien zu verringern. Ein Ausbau von Infrastruktur und staatlicher Dienstleistungen wäre dazu nötig. Aber das Gegenteil ist der Fall: Arbeitslosigkeit und Armut sind hier sogar weiter massiv gewachsen.

Die Übergangsgerechtigkeit, die die Verbrechen der Ben-Ali-Ära aufarbeiten soll, stockt, und Polizeiwillkür ist bis heute weit verbreitet. Das Konfiszieren der Waren von Straßenhändlern gehört zum Beispiel weiterhin zum Alltag. Massive Protest- und Streikwellen setzen die Politik zwar immer wieder unter Druck, doch der Sicherheitsapparat hat sich als reformunfähig erwiesen und geht seit 2017 zunehmend gewaltsam gegen soziale Bewegungen vor. Epizentren solcher Protestwellen waren zuletzt das südtunesische Tataouine, aber auch Sidi Bouzid und Gafsa.

Eine beunruhigende Folge ist der politische Aufstieg der Parti destourien libre (PDF – Freie Destour-Partei). Die Partei tritt antirevolutionär und populistisch auf und fordert eine Rückkehr zu einem autokratischen Präsidialsystem. Sie versucht, aus dem Frust der Bevölkerung über den politischen Stillstand zu profitieren – mit Erfolg.

Europa hatte Tunesiens demokratische Transition von Beginn an unterstützt und die Zivilgesellschaft und institutionelle Reformen durch Fördergelder, Kredit- oder Budgethilfen und Entwicklungsprojekte gefördert. Seit der sogenannten Flüchtlings-

krise 2015 haben sich jedoch die Prioritäten Europas in Tunesien sichtlich verschoben. Heute geht es der EU in Tunesien vor allem darum, die irreguläre Migration zu unterbinden. Will die EU Tunesiens demokratischen Wandel jedoch langfristig unterstützen und einen autoritären Rückfall verhindern, müsste sie der Regierung jene Mittel zur Hand geben, die sie braucht, um auf die sozioökonomischen Forderungen marginalisierter Landesteile eingehen zu können – und eigene wirtschaftliche Interessen zurückstellen.

Der größte Posten in Tunesiens Staatshaushalt ist seit 2015 der Schuldendienst. Auch aus diesem Grund fehlen Mittel für Investitionen. Die von der EU finanzierten Entwicklungsprojekte im Land sind zwar zu begrüßen, aber auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wollen westliche Politiker den Erfolg der ersten und bislang einzigen Demokratie der Region langfristig nicht untergraben, müssten sie in Tunesien endlich eine Wirtschafts- und Migrationspolitik verfolgen, die nicht nur Europas Einfluss im Land zementiert, sondern auch den Interessen der tunesischen Bevölkerung und Wirtschaft dient.



SOFIAN PHILIP NACEUR ist freier Journalist und lebt in Tunis. Er hat sich auf Entwicklungen in Algerien, Ägypten und Tunesien

spezialisiert.
mail@sofiannaceur.de
 Twitter: @SofianNaceur



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Folgen

Editorial office D+C
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Imprint: ow.ly/NBIV30KnGm

Frankfurt, Germany dandc.eu Seit Januar 2010 bei Twitter

2.162 Folge ich 12.326 Follower

Tweets Tweets und Antworten Medien Gefällt mir

D+C Editorial office D+C @forumdc · 1 Std. ***
Water and sanitation infrastructure is inadequate in Kenya's Kakuma refugee camp
ow.ly/QCGG50CQMtc

#Kenya #Kakuma #refugees #camp #water #sanitation @KanereNews @boru_qaabata



Neu bei Twitter?

Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren



Was dir gefallen könnte



DH Humanitarian
@DH_Humanitarian

Folgen



Atul Verma
@AtulDizipro

Folgen



Ryan Thomas
@My3_Ideas

Folgen

Mehr anzeigen

Trends für dich

Trend in Deutschland

Drosten

11.800 Tweets

Technik · Trends

#Amazon

36.600 Tweets

Lass dir nichts Neues entgehen

Wer auf Twitter ist, weiß als Erster Bescheid.

Anmelden

Registrieren





Städtischer Wohnraum

Wohnraum ist vielerorts knapp, vor allem in Städten mit großer Sogwirkung. Zugleich ist guter Wohnraum, der weit aus mehr beinhaltet als ein Dach über dem Kopf, für viele unerschwinglich. Schätzungen zufolge leben rund eine Milliarde Menschen weltweit in Slums. Die Verhältnisse dort zu verbessern ist eins der wichtigsten Ziele im Zusammenhang mit der Schaffung nachhaltiger

Städte und Gemeinden. Dabei sollte auch auf lokale Baustoffe, Effizienz und Klimafreundlichkeit geachtet werden.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem 11. UN-Ziel (Sustainable Development Goal – SDG): nachhaltige Städte und Gemeinden. Er hat auch Bezüge zu weiteren SDGs.

MARGINALISIERUNG

Vernachlässigte Viertel

Favelas waren ursprünglich informelle Siedlungen, haben sich aber über die Jahrzehnte zu einer besonderen Art von benachteiligten Stadtteilen entwickelt. Die Lage der Bewohner ist deutlich besser als in den Elendsvierteln der ärmsten Entwicklungsländer – sie sind aber schlechtergestellt als andere Brasilianer und in verschiedener Hinsicht ausgegrenzt.

Von Thuany Rodrigues

2010 lebten laut Volkszählungsdaten etwa sechs Prozent der brasilianischen Bevölkerung in einer der 6300 Favelas. Brasiliens Institut für Geographie und Statistiken (IBGE) definiert „Favela“ als eine Gruppe von mindestens 51 Haushalten auf eng und unsystematisch bebautem Land, das anderen gehört und nicht an wesentliche öffentliche Infrastruktur angeschlossen ist. In Rio de Janeiro gibt es rund 1000 solcher vernachlässigter Viertel – und Rocinha, das größte, hat rund 100 000 Einwohner.

Die Favelas sind nicht alle gleich. Sie verbindet, dass ihre Entwicklung ohne systematische Planung und mit viel Improvisation verlief. Typisch sind kleine, niedrige Gebäude. Über die Jahrzehnte machten provisorische Hütten Häuschen aus Ziegelsteinen und Beton Platz. Graduell wurde auch die Infrastruktur verbessert. Die Initiative ging mal von den Bewohnern und mal von einer Behörde aus. Der Staat hat allerdings die Favelas immer vernachlässigt und nimmt ihre Lebensumstände noch immer nicht voll zur Kenntnis. Zivilgesellschaftliche und nachbarschaftliche Initiativen sind sehr wichtig, und manche mischen sich auch in die Politik ein oder betreiben Öffentlichkeitsarbeit.

Manche Favelafamilien haben nur ein Zimmer, aber Wohneinheiten mit drei Zimmern sind nicht mehr ungewöhnlich. Um mehr Platz zu schaffen, bauen die Leute oft noch ein Stockwerk auf ihr Häuschen drauf – beispielsweise dann, wenn ein Kind heiratet. Gebäude mit mehr als einem Stockwerk haben im Erdgeschoss oft einen Laden oder eine Werkstatt.

Die Gassen sind eng und voller Leute. Laut IBGE-Daten sind zwar 56 Prozent der Favelahaushalte an die Kanalisation angeschlossen, aber ein Prozent verfügt über keine Toilette. Etwa 88 Prozent hatten 2010 eine Wasserleitung. Die Stromversorgung ist weniger zuverlässig als in anderen Stadtteilen, und manche Haushalte haben keinen Anschluss.

In Hinsicht auf Kühlschranks- und Fernseherbesitz unterschieden sich Favelahaushalte 2010 nicht vom übrigen Brasilien. Waschmaschinen hatten aber nur 41 Prozent. Der Vergleichswert anderswo war 61 Prozent. Computer hatten 28 Prozent (56 Prozent). Diese Quoten sind seither sicherlich gestiegen. Das unabhängige Institut Data Favela schätzt, dass 78 Prozent der Altersgruppe 16 bis 29 schon 2013 regelmäßig das Internet nutzten.

Der informelle Sektor ist stark ausgeprägt, es gibt in Favelas aber auch offiziell registrierte Firmen. Die Bewohner gehören nicht nur zur Unterschicht, sondern auch

zur unteren Mittelschicht. Der Ruf der Gesetzlosigkeit und Gewalt ist übertrieben, aber nicht völlig unbegründet (siehe Kasten nächste Seite).

„AFRIKANISCHE VIERTEL“

Einige Favelas sind recht alt. Die ersten entstanden Ende des 19. Jahrhunderts und wurden von ehemaligen Soldaten und Sklaven errichtet, die in Großstädten ein Heim brauchten. Sie bauten gern an steilen Hängen, weil diese noch nicht genutzt wurden und sie niemand als Eigentum beanspruchte. Anfangs wurden einige Favelas „Bairros Africanos“ (afrikanische Viertel) genannt. Rassismus spielte also von Anfang an eine Rolle.

Auch heute leben People of Colour mit größerer Wahrscheinlichkeit in einer Favela als Menschen rein europäischer Abstammung. 2010 waren laut Volkszählung 45 Prozent der brasilianischen Bevölkerung, aber nicht einmal ein Drittel der Favelabewohner weiß. In diesen Stadtteilen waren 13 Prozent schwarz und 55 Prozent gemischter Abstammung. Auch indigene Brasilianer werden ausgegrenzt, sie leben aber meist nicht in den Städten.

Laut Data Favela sind 70 Prozent der Frauen in Favelas Mütter, und die meisten



Trotz vieler Härten: Zwei Drittel der Bewohner wollen aus ihren Favelas nicht wegziehen.



bekamen ihr erstes Kind vor ihrem 20. Geburtstag. Die Kinderzahl schwankt, es ist aber nicht ungewöhnlich, fünf oder sechs Kinder zu haben. 44 Prozent der Frauen führen einen Haushalt ohne Mann. Data-Favela-Forschung hat auch ergeben, dass 72 Prozent der Favela-Bewohner keine Ersparnisse haben und ihren Lebensstandard nur eine Woche lang aufrechterhalten können, wenn sie ihr Einkommen verlieren. Brasiliens soziale Ungleichheit ist immens: Das Land hat nämlich auch mehr Milliardäre als Frankreich, wie die Zeitschrift Forbes berichtete.

Ein großer Teil der Favelabevölkerung hängt vom informellen Sektor ab. Laut IBGE arbeiten 27,8 Prozent der Menschen hier ohne Vertrag. Der Vergleichswert an-

derenorts ist 20,5 Prozent. Favelafamilien sind tendenziell groß und versorgen viele Abhängige, also ist davon auszugehen, dass etwa die Hälfte der Bevölkerung von informeller Wirtschaftstätigkeit lebt.

Rassismus prägt auch diesen Sektor. Menschen mit dunkler Hautfarbe verdienen tendenziell weniger als weiße, selbst wenn sie dieselbe Arbeit verrichten. Meist haben sie die schlechtesten Jobs. Das ist allerdings auch in der regulären Wirtschaft so, wo IBGE-Zahlen zufolge weiße Mitarbeiter 2018 im Schnitt 42 Prozent mehr als People of Colour verdienten.

Würden alle Favelas zusammen einen brasilianischen Bundesstaat bilden, so hätte dieser die fünfthöchste Bevölkerungszahl. Sein Pro-Kopf-Einkommen entspräche aber nur 100 Euro pro Monat oder der Hälfte des offiziellen Mindestlohns, wie Umfragen der Institute Data Favela und Locomotiva ergeben haben. Seine Wirtschaftsleistung wäre trotzdem größer als die Boliviens.

Covid-19 hat die Favelas wenig überraschenderweise besonders hart getroffen – sowohl gesundheitlich als auch ökonomisch. Hohe Bevölkerungsdichte ermöglicht schnelle Virusausbreitung, und wer ohne die soziale Sicherung, die eine Festanstellung bringt, auskommen muss, stürzt

schneller in die Armut ab. Im Dezember stiegen die Infektionszahlen wieder schnell.

Das Leben in Favelas ist hart. Dennoch wollen die meisten Menschen nicht weg. Bei einer Umfrage in 63 Favelas von Data Popular bezeichneten 94 Prozent sich selbst als glücklich und 66 Prozent sagten, sie wollten nicht woanders hinziehen. Das liegt am starken Zusammenhalt der örtlichen Gemeinschaften, wo Menschen von Angehörigen und Freunden umgeben sind. Das soziale Netzwerk bietet Schutz, Hilfe in Notlagen sowie freudvolle Gemeinschaftsaktivitäten wie Samba und Karneval.

Karen Cândido macht Basisberichterstattung für die Medienplattform Voz das Comunidades (Stimme der Gemeinschaften). Ihrem Urteil nach „kämpfen die Menschen in Favelas für ihre Rechte und sind dort glücklich“. Es gebe nicht nur Probleme, sondern auch die Entschlossenheit voranzukommen. „Wir sind stolz auf Fortschritte“, sagt sie, „und wer Hilfe braucht, bekommt sie von Nachbarn.“



THUANRY RODRIGUES
ist Journalistin und lebt in Rio de Janeiro.

thuanryrodrigues@gmail.com

Gewalt und Kriminalität

Der Tod trifft Rio de Janeiros Favelabewohner manchmal von hoch oben, wenn Scharfschützen von Polizeihubschraubern aus Mafiabanden bekämpfen. Allzu oft sterben dabei Unbeteiligte und sogar Kinder. Als es ganz schlimm wurde, schränkte Brasiliens Oberstes Gericht den Helikoptereinsatz ein.

Luis Felipe Rodrigues gehört zu einem Sambaverein in einer Favela. Er schätzt, dass vielleicht sieben Prozent der Anwohner mit illegalen Drogenbanden irgendwie zu tun haben. Polizeigewalt drohe aber auch den übrigen 93 Pro-

zent. Das staatliche Institut für öffentliche Sicherheit des Bundesstaates stellte fest, Polizisten hätten 2019 im ersten Halbjahr 885 Menschen getötet. Davon waren 711 – also 80 Prozent – Persons of Colour.

Die nichtstaatliche Organisation Rio de Paz hat 57 Presseberichte über versehentlich erschossene Kinder aus den Jahren 2007 bis 2019 ausgewertet. In über der Hälfte der Fälle lag es an Querschlägern bei Gefechten zwischen Polizei und Mafia.

Angehörige der höheren Schichten verachten Favelas als Umfeld der Kriminalität.

Sie übersehen geflissentlich, dass viele reiche Leute in Wirtschaftsverbrechen involviert sind. Ein prominentes Beispiel ist Sérgio Cabral, ein ehemaliger Ministerpräsident des Bundesstaats Rio de Janeiro. Wegen Korruption, Veruntreuung und Geldwäsche wurde er zu 45 Jahren Haft verurteilt.

Es ist zudem bekannt, dass Mafiabanden enge Verbindungen zu Behörden pflegen. Der Sozialwissenschaftler Thiago Rodrigues spricht von „symbiotischen Beziehungen“. Das war auch der Titel seines Aufsatzes, den die Konrad-Adenauer-Stiftung 2018 veröffentlichte (siehe Blog auf unserer englischen Website). Der Autor räumte ein, die Drogenwirtschaft dominiere man-

che Favelas, betonte aber, die Banden bestächen Sicherheitskräfte, Richter und Politiker. So entstehe ein prekäres Gleichgewicht, das für alle Seiten Risiken reduziere und für die mächtigsten Akteure sehr profitabel sei.

Manchmal dringt die Polizei aber mit Gewalt in eine Favela ein. Die Opfer, sagt Favela-Bewohner Luis Felipe Rodrigues, seien dann Unbeteiligte sowie Mafiamitglieder der untersten Ränge. tr

LINK

Thiago Rodrigues, 2018:
Symbiotische Beziehungen.
<https://www.kas.de/en/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/symbiotische-verbindungen>

FLÜCHTLINGSLAGER

Eine Zuflucht, kein Zuhause

Die Lebensbedingungen im Flüchtlingslager Kakuma im Nordwesten Kenias sind entsetzlich, mit minderwertigen Häusern und schlechten Straßen. Auch die Wasserversorgung und sanitäre Anlagen sind völlig unzureichend. Das Lager sollte eigentlich provisorisch sein, wurde aber zu einer armseligen Stadt mit heute 197 000 Menschen.

Von Qaabata Boru

In Kakuma zu leben ist eine tägliche Herausforderung. Die Unterkünfte sind provisorisch, die Straßen kaputt, die Stromversorgung ist unzuverlässig. Vor allem die unzureichende Wasser- und Sanitärversorgung ist unerträglich (siehe Kasten nächste Seite). Internationale Hilfsorganisationen, die Lager wie Kakuma betreiben, sollten zur Kenntnis nehmen, dass aus ihnen – gedacht als temporäre Zuflucht – längst dauerhafte Siedlungen wurden, die die Mindeststandards dafür nicht erfüllen.

Das Lager in der Umgebung der nordwestkenianischen Stadt Kakuma ist in nummerierte Bereiche unterteilt und es wächst. Laut UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR wurden im Juli 2020 in Kakuma und der benachbarten Flüchtlingsiedlung Kalobeyei fast 197 000 Flüchtlinge und Asylsuchende registriert.

Errichtet wurde Kakuma 1992 für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge, die vor dem Krieg in Sudan und aus Flüchtlings-

unterkünften in Äthiopien flohen. Doch viele Menschen leben heute in der zweiten, manche sogar in der dritten Generation hier. Fast alle hängen von humanitärer Hilfe ab, denn ihr Flüchtlingsstatus erlaubt ihnen nicht, Arbeit anzunehmen und Geld zu verdienen.

Kakuma war als Übergangslager gedacht. Doch fast drei Jahrzehnte später haben die Menschen trotz der furchtbaren Lebensumstände die Hoffnung aufgegeben, diesen Ort noch einmal verlassen zu können, um an einem besseren zu leben.

Die Häuser im Camp sind eng, überbelegt und schlecht belüftet. Ein typisches Familienhaus ist aus Lehmziegeln gefertigt und hat nur ein Zimmer, das drei mal vier Meter misst. Die Dächer sind aus Wellblech oder Plastikfolie. Oft sind es auch Reetdächer aus Blättern der Kokosnusspalme, Makuti genannt.

Die Flüchtlinge bauen sich ihre Unterkunft meist selbst, ohne Wissen darüber, welche Materialien gegen schlechtes Wetter geeignet sind. Ein Makuti-Dach soll im Winter wärmen und im Sommer vor der Sonne schützen, aber es wird von starkem Wind schnell wegeweht. Wände aus getrocknetem Lehm brechen bei Überschwemmungen regelmäßig in sich zusammen, was bereits viele Menschenleben gekostet hat.

Wer lange hier lebt, weiß, dass Mauern aus Lehmziegeln ungeeignet sind, um Hitze, sintflutartigen Regenfällen, Sturm-

winden und schweren Überschwemmungen standzuhalten. Wer lange hier lebt, baut eher Häuser aus zusammengebundenen Pfählen und Stangen, die mit Lehm isoliert werden.

Plastikdächer halten der prallen Sonne nur wenige Monate stand. Das Material schrumpft oder wird porös. Manchmal werden sie mit Makuti oder anderem Laub abgedeckt, doch selbst dann sind sie nicht wetterbeständig. Ohnehin können viele Bewohner nicht wählen, welches Material sie zugeteilt bekommen, und müssen oft Monate oder sogar Jahre darauf warten.

GESUNDHEITLICHE FOLGEN

Minderwertiges Baumaterial und schlechte Konstruktionen sorgen für Feuchtigkeit und Schimmel im Innenraum. Durch offene Ritzen gelangen Nagetiere ins Haus, die Krankheiten übertragen und die Bewohner anekeln.

Eine Unterkunft in Kakuma ist weit entfernt von einem sicheren Haus. „Ich lebe hier seit 21 Jahren und habe gesehen, wie ganze Häuser von Stürmen oder Fluten weggerissen wurden“, sagt Mohamed Jillo, ein Flüchtling aus Äthiopien. „Meine Familie war dreimal obdachlos, weil es Verzögerungen beim Nachliefern von Baumaterial gab. Ich hatte kein Geld, unser Haus zu renovieren. Über die Jahrzehnte haben wir uns an diese Misere gewöhnt.“

Nachdem sich die Bewohner wiederholt bei Verantwortlichen über zu kleine und zu eng beieinander stehende Häuser beschwert hatten, tut sich nun etwas. In den vergangenen Jahren begannen Hilfsorganisationen, Häuser zu bauen, die statt drei mal vier Meter drei mal sechs Meter groß sind. Die Grundfläche beträgt damit jetzt 18 statt nur 12 Quadratmeter. Doch die Häuser mit nur einem Zimmer beherbergen typischerweise vier bis sechs Personen. Oft schlafen erwachsene Männer unter provisorischen Planen in der Nähe, um der Enge zu entgehen.

Das Flüchtlingslager liegt unweit der Autobahn Lodwar-Lokichogio, die in den Südsudan führt. Anders als die Straßen im Lager ist sie asphaltiert. Die erdigen Straßen im Lager, die sich nach Regen in Schlamm verwandeln, machen es Krankenwagen oder Polizei schwer, Menschen im Notfall zu erreichen.

Aufgrund der Straßenverhältnisse ist bei schlechtem Wetter auch die Versorgung



Ein Mann baut ein Haus für seine Familie.

mit Gütern oder Dienstleistungen nicht gesichert. Verwandeln sich die Straßen in Flüsse, können die Bewohner nicht mehr auf den Markt, ihre Kinder nicht zur Schule. Kranke, Menschen mit Beeinträchtigungen oder Schwangere können nicht aus dem Haus, um medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen.

Überschwemmungen machen alles auf einmal kaputt: Gemeinschaftseinrichtungen, Häuser und Straßen. Im Lager gibt es humanitäre Hilfszentren, Verteilungsstationen für Lebensmittel und Gotteshäuser. Es gibt Schulen, Aufnahmezentren, Fußballplätze, Märkte, Geschäfte und auch Polizeistationen. Doch aufgrund der schlechten Straßen ist all das nicht immer erreichbar.

Auch eine verlässliche Stromversorgung fehlt. Nach Sonnenuntergang wird es stockdunkel im Camp, die Märkte schließen und die Straßen leeren sich. In einigen Häusern und kleinen Geschäften behilft man sich mit lauten, teuren Dieselmotoren für Licht und um Handys aufzuladen. Andere nutzen Paraffin- oder Holzkohlelampen, obwohl die rußen, gesundheits- und umweltschädlich sind.

Der Zugang zum Internet ist ähnlich unzuverlässig. Einige Bildungseinrichtun-



gen von Hilfsorganisationen haben begonnen, Lehrern und Schülern einen Internetzugang bereitzustellen. Doch die Mehrheit der Leute im Camp ist abgeschnitten vom Rest der Welt. Wer es sich leisten kann, kauft sich einen Internetzugang vom kenianischen Mobilfunk- und Internetprovider Safaricom. Doch im Lager fehlt die Infrastruktur, um zuverlässiges Internet bereitzustellen.

Nach kenianischem Gesetz, das die Unterbringung in Flüchtlingslagern regelt, sollten Flüchtlinge nicht in dauerhaften Strukturen hier leben. Die Lager sind als vorübergehendes Hilfsangebot gedacht. Vorgesehen ist, dass Flüchtlinge an neue

Wohnorte ziehen oder in ihre Heimatländer zurückkehren. Aber Kakumas lange Existenz widerspricht dem. De facto ist es längst eine dauerhafte Siedlung – nur fehlt die dafür notwendige Bebauung und Infrastruktur.

Tatsächlich werden Menschen in Kakuma seit Jahrzehnten illegal im Lager gehalten und leben dort unter miserablen Umständen. Aus temporären Lebensverhältnissen wurden permanente, ohne dass diese überprüft oder verändert werden können. Das Beispiel Kakuma zeigt, dass aus einer vorübergehenden eine dauerhafte Situation werden kann. Es zeigt auch, dass das Beharren auf der Bezeichnung „temporär“ eine echte Verbesserung längst permanenter Strukturen verhindert.



QAABATA BORU
ist äthiopischer Journalist und lebte selbst im kenianischen Flüchtlingslager Kakuma. Er ist Gründer und

Chefredakteur von Kakuma News Reflector (Kanere), ein von Flüchtlingen gemachtes Online-Nachrichtenportal.
kakuma.news@gmail.com
https://kanere.org/

Unhygienische Sanitäreinrichtungen

Wasser wird im Flüchtlingslager Kakuma nach Größe der Familie zugeteilt. Mit Dieselgeneratoren pumpt die Lagerbehörde es in öffentliche Wasserhähne. Bewohner holen es dort mit Kanistern. Weil es rationiert ist, können sich die meisten ein tägliches Bad nicht leisten.

Das Wasser aus dem Hahn ist in der Regel sauber. Die Bewohner sparen es zum Kochen und Trinken und nutzen das Wasser nahe gelegener Flüsse, um Wäsche zu waschen, Geschirr zu reinigen oder um Häuser zu bauen. Doch schmutziges Flusswasser kann Geschirr verunreinigen und Krankheiten verursachen.

Die Häuser im Camp haben keine sanitären Anlagen, eine Abwasser- und Abfallentsorgung fehlt. Als Toiletten dienen Erdgruben. Doch davon gibt es nicht genug. Sie werden auch nicht abgepumpt. Ist eine Grube voll, wird eine neue gegraben und neues Land belastet. Kommt es zu Verzögerungen beim Fertigstellen, müssen die Menschen ihre Notdurft in der Umgebung verrichten, sie nennen es „in den Busch gehen“.

Viele Familien nutzen die Latrinen im dicht bevölkerten Lager gemeinsam mit anderen. „Wir teilen die Toiletten mit vier anderen Familien“, sagt

Hassan Morsi, ein somalischer Flüchtling. „Eine neue Toilette pro Jahr ohne Hilfe zu bauen ist schwierig. Aber es geht nicht anders.“

Das schnelle Wachstum der Bevölkerung im Flüchtlingslager überlastet das Ab-

wassersystem des Lagers. Eine ordentliche Kanalisation fehlt. Bei Überschwemmungen werden Latrinen überflutet und Exkremente auf die Straßen gespült. Das führt zum Ausbruch ansteckender Krankheiten wie Cholera oder Typhus. qb



Häuser aus Lehmziegeln halten Überschwemmungen nicht stand.



Viele Einwohner Nairobis leben in Slums. Das Zuhause, mit dem sie sich identifizieren, liegt irgendwo in einem Dorf.

BEZAHLBARER WOHNRAUM

Gescheiterte Wohnungspolitik

Hunderttausende arbeitslose Kenianer wandern jährlich auf Jobsuche in die Städte ab und verschärfen so die Wohnungsknappheit. Mit ihrer Wohnungspolitik wird die Regierung das Problem wohl kaum lösen.

Von Alphonce Shiundu

Als Kenia wegen der Corona-Pandemie seine Wirtschaft herunterfuhr, unterhielten die Komiker des Landes die Leute über Social Media mit Geschichten über ihren Weg zum Erfolg. Es waren oft ähnliche Geschichten: Sie verließen ihre Heimat auf dem Land und zogen in die große Stadt, um Schauspieler zu werden. Sie teilten sich Ein-Zimmer-Blechhütten mit anderen armen Slumwohnern in Nairobi. Einige schliefen auf der Straße, andere kamen bei Verwandten unter oder lebten bei Prostituierten in schmutzigen Behausungen in Hinterhöfen. Schließlich aber wurden sie reich und berühmt.

Diese Geschichten sind unterhaltsam – und beschreiben die Lebensrealität der meisten Zuwanderer in Kenias überfüllten Städten. Noch immer strömen viele junge Menschen vom Land in die Städte, in der Hoffnung auf Chancen und angemessene Einkommen. Doch es ist ein harter Kampf, vor allem für die 99 Prozent der jungen Leute, die keine höhere Bildung haben.

Wer auf der weiterführenden Schule war – oder weniger als das, – findet in der Stadt meist Jobs im informellen Sektor, wo mehr als 80 Prozent der kenianischen Arbeitskräfte schuften. Sie verrichten jede Art von Arbeit für Essen, Miete und um vielleicht etwas Geld an die Familien im Dorf zu schicken. Sie arbeiten als Aushilfsmechaniker, Schweißer, Tischler oder Haushaltshilfen. Oder sie verkaufen Obst, Secondhandkleidung, Regenschirme und Bleistifte. Sie leben in ärmlichen Verhältnissen und haben nicht das Einkommen, das ihnen ermöglichen würde, eine Hypothek aufzunehmen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Auch soziale Absicherungen wie eine Krankenversicherung oder Altersrente haben sie nicht.

Trotzdem zieht die Landbevölkerung weiter in die Städte. Der Anteil der Kenianer, die in Städten und deren Umland leben, hat sich von acht Prozent 1963 auf 32 Prozent 2019 vervierfacht. Die Volkszählung von 2019 zeigt, dass 39 Prozent der kenianischen Haushalte – etwa 15 Millionen Menschen – in städtischen Gebieten leben.

Die Menschen kommen vor allem wegen besserer Bezahlung in die Städte. Der gesetzliche Mindestlohn für niedere Tätigkeiten ist in drei Städten Kenias – Nairobi, Mombasa und Kisumu – fast doppelt so hoch

wie auf dem Land. Gärtner, Straßenreiniger, Wachmänner und Haushälterinnen in den Städten haben einen gesetzlichen Anspruch auf monatlich 13 572 Kenianische Schilling (KES), das entspricht 135 Dollar. Auf dem Land sind es 7 240 KES – also 72 Dollar.

TICKENDE ZEITBOMBE

Seit der Unabhängigkeit 1963 wissen Kenias Politiker, dass die stetige Abwanderung in die Städte eine tickende Zeitbombe ist – sie verschlimmert die Arbeitslosigkeit und verschärft die ohnehin große Wohnungsnot in den Städten.

2017 versprach Präsident Uhuru Kenyatta nach seiner Wiederwahl für eine zweite Amtszeit, die Regierung werde innerhalb von fünf Jahren eine halbe Million bezahlbare Wohnungen im städtischen Raum bauen. Seine Regierung gründete eine Hypothekenfinanzierungsgesellschaft, um Geld an Finanzinstitute zu verleihen, die es wiederum an Kenianer zum Kauf von Wohnungen verleihen sollten.

Doch das Projekt ist ins Stocken geraten. Die Gerichte lehnten den Vorschlag des Präsidenten ab, eine Steuer zur Finanzierung des Wohnungsbaufonds zu erheben – der Vorschlag war bei den formell beschäftigten Kenianern der Mittelschicht äußerst unpopulär. Sie fühlten sich genötigt, Häuser zu kaufen, die sie nicht brauchten, oder gar Häuser für andere Leute zahlen zu müssen.

Die meisten Kenianer scheuen vor Hypotheken zurück. Laut Zentralbank gibt es in Kenia nur etwa 27 000 Hypotheken. 61 Prozent der Kenianer besitzen zwar ihre

Häuser, doch nur drei Prozent von ihnen haben die Häuser gekauft. 93 Prozent haben sie selbst gebaut und drei Prozent haben sie laut nationalem Statistikamt Kenias geerbt.

Die meisten Eigenheime gibt es auf dem Land. Die Regierung bemüht sich, die Zustände in den städtischen Slums zu verbessern, indem sie die Menschen ermutigt, vom Staat errichtete Häuser in der Stadt zu kaufen. Die Kenianer, die gern ein Eigenheim haben wollen, haben dieses bereits – und zwar auf dem Land. In den Städten leben die meisten zur Miete; in Nairobi wohnen nur neun Prozent im Eigenheim, 91 Prozent der 1,5 Millionen Haushalte hingegen zur Miete.

Kenias Stadt-Land-Gefälle beim Wohneigentum ist kulturell bedingt. Für Kenianer sind Städte Orte, wo sie Geld verdienen, aber nicht Heimat. Die Heimat ist das Land der Vorfahren, wo sie Weihnachten, Ostern und andere Feiertage verbringen. Auch Rentner kehren oft in ihre Dörfer zurück.

Städter mieten ihre Wohnung auch deshalb eher, weil städtischer Wohnraum teuer ist. Die Einkommen sind meist zu gering, um sie in Immobilien investieren zu könnten. Drei Viertel der erwerbstätigen Kenianer verdienen weniger als 50 000 KES (500 Dollar) im Monat. Auch erschweren Verwaltung und Bürokratie bei der Eigentumsregistrierung und Titulierung den Hauserwerb. Korrupte Beamte verzögern

das Prozedere ebenfalls, um Geld zu erpressen. Die Zinssätze für Hypotheken können bis zu 14 Prozent betragen.

Obwohl Städter eher mieten als kaufen, hat die Regierung beschlossen, hunderte von Häusern zu bauen und sie Slumbewohnern subventioniert zum Kauf oder zur Miete anzubieten. Arme Menschen sollten so Wohneigentum erwerben können, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Funktioniert hat es nicht. Einige Slumbewohner nutzten die Subventionen, um Wohneigentum zu erwerben, verkauften die Wohnungen aber weiter und zogen in die Slums zurück. Andere akzeptierten die subventionierten Mietkaufkonditionen, vermieteten die Wohnungen unter, kassierten die Miete – und blieben im Slum.

WAHRHEITEN

Eine wichtige Erkenntnis ist, dass das Wohnproblem eigentlich eine Einkommens- und Beschäftigungskrise ist. Um gegen den Mangel an städtischen Wohnungen vorzugehen, muss die Regierung erst einmal die Wirtschaft des Landes dafür fit machen, Jobs zu schaffen – in den Städten und auf dem Land. Damit würden die Einkommen so weit steigen, dass Slumbewohner von sich aus bessere Wohnungen beziehen könnten. Auch die Landflucht aus Gründen der Jobsuche könnte so eingedämmt werden. Zudem sollte die Regierung nicht ver-

suchen, Häuser in Städten zu bauen und zu verkaufen, wo kaum jemand Wohneigentum erwerben möchte. Idealerweise sollte die Regierung Hürden beim Erwerb von Wohneigentum abbauen, etwa was Bürokratie und Korruption bei der Grundstücksvergabe betrifft oder hohe Zinssätze und Steuern auf Baumaterialien wie Zement und Stahl.

Die Regierung könnte durch eine bessere städtische Infrastruktur – Straßen, Abwasser- und Müllentsorgung, Internetanbindung, Strom – auch die Bedingungen in den Slums verbessern. Zudem sollte die Regierung es den Kenianern ermöglichen, das zu tun, was sie zumindest auf dem Land wollen, und sie ihre eigenen Häuser bauen lassen. Neun von zehn kenianischen Hausbesitzern tun das bereits. Die Politik sollte dem Weg folgen, den die meisten Bürger bereits gehen.

Kurz gesagt: Die Regierung braucht einen intelligenteres Konzept für den öffentlichen Wohnungsbau. Sie sollte sich von erfolgreicheren Modellen anderer Länder inspirieren lassen (zum Beispiel von Singapur, siehe Beitrag von Katja Dombrowski auf Seite 31 dieser Ausgabe.)



ALPHONCE SHIUNDU
ist ein kenianischer Journalist,
Redakteur und Faktenchecker
in Nairobi.
shiunduonline@gmail.com

Twitter: @Shiundu

Studentenleben

In den schlimmsten Unterkünften Kenias wohnen oft Studenten, die vom Land in die städtischen Hochschulen kommen. Drei der größten öffentlichen Universitäten Kenias befinden sich in oder nahe der Hauptstadt. Viele Studenten können sich keine Studentenwohnung oder sonstige individuelle Unterkünfte leisten.

Sie mieten zu mehreren Häusern oder leben in Wohnheimen, die in Slums in Uni-Nähe liegen. Solche Unterkünfte

sind billig, aber schlecht. Sanitäre Einrichtungen, Sicherheit und Schutz sind für Menschen, die ein Dach über dem Kopf brauchen, zweitrangig.

Für Hochschulabsolventen sieht es kaum besser aus. Als ich vor etwa 15 Jahren nach Abschluss der Uni nach Nairobi kam, wohnte ich bei meinen Cousins im Haus. Als ich dann einen Job hatte, zog ich zu meinem Bruder in eine Einzimmerwohnung in einem Arbeiterviertel.

Einige meiner neuen Kollegen hatten weniger Glück und lebten in Wohnheimen. Andere teilten sich zu mehreren einen Raum, der monatlich 5000 Kenianische Schilling (KES) (etwa 50 Dollar) Miete kostete. In diesen Räumen lagen dünne Matratzen auf dem Boden, auf denen man nachts schlief und bei Tag saß, es gab einen Herd mit einer 5-Kilo-Kochgasflasche, eine kleine Metallbox als behelfsmäßiges Bügelbrett und drei oder vier 20-Liter-Kanister mit Wasser zum Kochen, Baden und Putzen. Ansonsten füllten Kleidung, ein paar Ge-

genstände und ein Mülleimer den Raum aus. Bäder und Toiletten waren draußen und wurden meist von vielen Mietern gemeinsam genutzt.

Wer etwas mehr verdient, kann aus dem Mehrbettzimmer in ein Wohnschlafzimmer ziehen. Das sind Einzimmerwohnungen in anständigen Wohngegenden mit Toilette und Bad und oft einer Spüle in einer Ecke, die als Kochstelle dient. Diese kleinen Wohnungen kosten mit monatlich etwa 10 000 KES (100 Dollar) meist doppelt so viel Miete wie die sonstigen Einzimmerwohnungen. as



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook

D+C

D+C Development
and Cooperation
@development.and.cooperation

Startseite

Beiträge

Fotos

Info

Community

Seite erstellen



Gefällt mir Teilen Änderungen vorschlagen

Mehr dazu

Nachrichte

Beiträge

D+C D+C Development and Cooperation
21.518 ·

Kakuma was conceived as a temporary haven for refugees who would soon be resettled elsewhere. But three decades later, most residents have lost hope of moving on to better places.
#Kenya



DANCO.EU

Living conditions in Kenya's Kakuma refugee camp are harsh and dangerous

75

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

Community

Alle ansehen

218.898 Personen gefällt das

219.021 Personen haben das abonniert

Info

Alle ansehen

Kontaktiere D+C Development and Cooperation in Messenger

www.dandc.eu

Zielschritt

Seitentransparenz

Mehr ansehen

Facebook möchte mit diesen Informationen transparenter machen, warum es bei dieser Seite geht. Hier erfährst du mehr zu den Personen, die die Seiten verwalten und Beiträge darin posten.

Seite erstellt - 5. Januar 2014

Personen

>

218.898 „Gefällt mir“-Ausgaben

Ähnliche Seiten

Naini Atarud



INFORMELLE SIEDLUNGEN

Lebenswertere Slums

Für rund eine Milliarde Menschen, die im globalen Süden in Slums leben, bedeutet der Abriss ihrer Armensiedlungen keine Verbesserung, sondern eine Bedrohung. Die Lösung besteht darin, Wohnungen und Infrastruktur so herzurichten, dass sie den örtlichen Bedürfnissen entsprechen, lokale Gemeinschaften einbeziehen und den Schwächsten nicht schaden.

Von Diana Mitlin und David Satterthwaite

Im globalen Süden leben geschätzt eine Milliarde Menschen in sogenannten Slums. Der Begriff steht für dicht besiedelte Gebiete mit Wohnraum geringer Qualität. Obwohl der Begriff abwertend ist, hat sich die Redaktion von E+Z/D+C entschieden, ihn in Anlehnung an verschiedene Initiativen von Slumbewohnern zu verwenden, die diese Konnotationen durch die Verwendung des Begriffs ändern wollen. Oft ist die Infrastruktur marode, unvollständig oder fehlt gänzlich. Viele Slums waren einst informelle, nicht geplante Siedlungen. Sie obliegen oft keiner staatlichen Kontrolle und werden von Behörden gern ignoriert.

Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass man die Siedlungen aufwerten und sanieren muss, statt sie zu räumen. Anfang der 1990er Jahre rief Shack/Slum Dwellers International (SDI), eine globale Bewegung städtischer Armer, dazu auf, Städte „slumfreundlich“ zu machen. Seither widersetzen sich die SDI dem UN-Ziel, Städte „slumfrei“ zu machen. Das könnte mit Gewalt erreicht werden, würde den Menschen aber enorm schaden.

Eine Aufwertung von Slums beinhaltet:

- Bleiberechte der Einwohner zu sichern sowie
- Dienstleistungen wie Wasser, Elektrizität und sicheres Wohnen bereitzustellen.

Aufwertung kann von der einfachen Sanierung von Hütten bis hin zu anspruchsvoller Infrastruktur reichen (siehe Kasten nächste Seite). Es hat sich als sehr effektiv erwiesen, den Bewohnern Pachtrechte oder Landtitel zu überlassen; das motiviert sie,

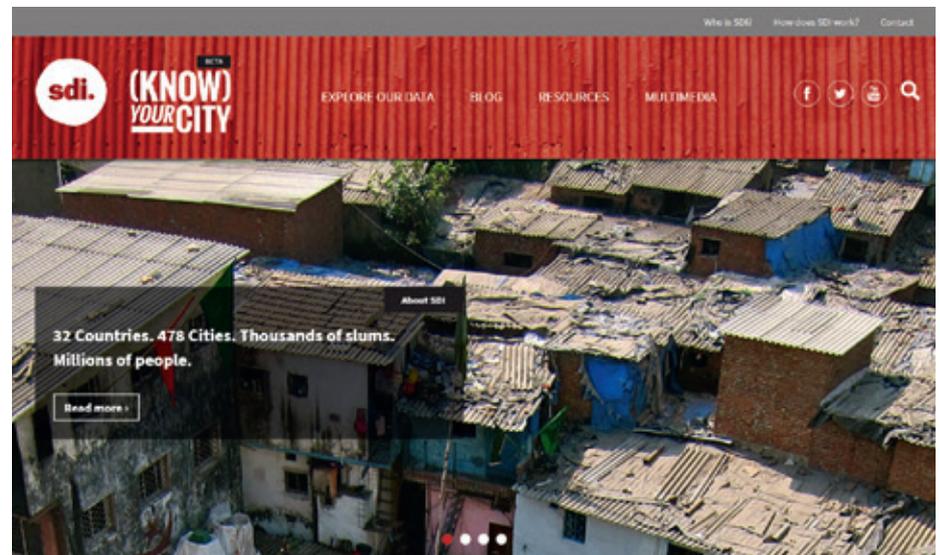
selbst ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Es gibt zwei Ansätze zur Slum-Aufwertung. Beim Bottom-up-Ansatz sind die Anwohner die treibende Kraft, beim Top-down-Ansatz sind es die Behörden. Bei den Programmen zur Slum-Sanierung werden immer öfter beide Ansätze zusammengeführt. Lokale Gemeinschaften nehmen Regierungen in die Pflicht, ihre Vorhaben durch entsprechende Programme zu unterstützen, und die Regierungen versuchen, lokale Gemeinschaften in die Umsetzung

Wie gut die Aufwertung eines Slums gelingt, hängt von mehreren Faktoren ab. So hilft es zum Beispiel, lokalen Gemeinschaften Kontrolle über den Prozess zu geben. Wichtig ist es auch, Sanierungen an die örtlichen Gegebenheiten – einschließlich Bevölkerungsdichte und Lebensstandard – anzupassen. Wichtig ist, dass die ärmsten Mieter nicht vertrieben werden, was oft ungewollt passiert, wenn sich Wohnbedingungen und Infrastruktur verbessern.

EIGENTUMSFRAGEN

Weltweit haben Programme zur Slum-Sanierung gezeigt, wie entscheidend lokale Eigenverantwortung ist. Die Basisgemeinde muss organisiert sein, damit die Maßnahmen auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet werden. Organisierte Gemeinschaften kön-



SDI fordert als internationale Initiative „slumfreundlichere“ Städte: www.sdinet.org

einzubeziehen.

Das thailändische Community Organizations Development Institute (CODI) verfolgt so einen Misch-Ansatz. Die parastaatliche Organisation nutzt staatliche Mittel, um lokale Gemeinschaften bei der Sanierung ihrer Stadtviertel zu unterstützen. Sie bietet sowohl Mietern als auch Hauseigentümern Zuschüsse für Infrastrukturverbesserungen und gewährt außerdem zinsverbilligte Darlehen, um den Wohnungsbau zu ermöglichen. Kollektive Nutzungsrechte senken das Risiko, dass arme Haushalte ihre Häuser verkaufen.

nen sich kollektiv für Änderungen der Modernisierungspläne einsetzen, auf höheren Subventionen für die Armen bestehen oder Rückzahlungen und künftige Mietkostenbelastungen begrenzen, indem sie die Standards der geplanten Wohnungen senken. Solche Organisationen unterstützen oft kollektives Sparen. Zudem können Basisorganisationen ihre Schlagkraft erhöhen, indem sie Daten über ihr Viertel erheben (siehe Diana Mitlin im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2016/10).

Natürlich spielt auch Eigentum eine Rolle. Solange die Bewohner sich nicht auf

Dauer in ihrem Heim sicher fühlen, investieren sie weder Geld noch Mühe, um etwas zu verbessern. Eine Besitzstandsgarantie befähigt sie, Verantwortung zu übernehmen und sich zu organisieren.

Wie wichtig es ist, Betroffene zu involvieren, wurde etwa im indischen Pune deutlich. Die Stadtverwaltung führte das Programm Basic Services for the Urban Poor (BSUP) ein. Anfangs wurden Wohnungen mittlerer Größe am Stadtrand gebaut, was unbeabsichtigt dazu führte, dass einkommensschwache Bewohner, denen diese Einheiten zugewiesen wurden, aus günstig gelegenen zentralen Gebieten wegziehen mussten.

Als die Betroffenen dann einbezogen wurden, lief es besser und die Leute konnten an ihren Wohnorten bleiben. Die Stadtverwaltung arbeitete mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie etwa Kleinsparvereinen zusammen. Die Bewohner entwarfen ihre Häuser selbst und organisierten Unterkünfte für die Sanierungszeit. Zehn Prozent der Kosten mussten die Haushalte mit Hilfe der Sparprogramme selbst tragen. Mahila Milan, ein Netzwerk von Frauen-Sparkollektiven, spielte dabei eine wichtige Rolle.

Anwohner-Organisationen sollten einbezogen und Modernisierungspläne müssen zu örtlichen Gegebenheiten passen. Wichtige Fragen sind:

- Wem gehört das Land?

- Besteht das Risiko von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen?
- Wie dicht ist das Gebiet besiedelt?
- Wie viele Verbesserungsmaßnahmen kann sich die Gemeinde leisten?
- Wie hoch ist der allgemeine Lebensstandard des Landes?

In Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte empfiehlt sich der Bau einzelner Häuser. Wo viele Menschen leben, eignen sich eher Reihenhäuser oder Wohnblöcke. Eine reiche Gegend kann sich höhere Standards leisten als eine arme. Eine teure Infrastruktur in einer Gegend, wo sich die Menschen diese nicht leisten können, schließt Haushalte mit niedrigem Einkommen aus. Subventionen können da für Ausgleich sorgen.

DEN SCHWÄCHSTEN NICHT SCHADEN

Bei der Sanierung von Slums muss die lokale Bevölkerung partizipieren. Zudem müssen Maßnahmen den Gegebenheiten entsprechen. Ferder dürfen die Verletzlichsten keine Schäden erleiden.

Sanierung treibt oft Kosten hoch, so dass arme Mieter vertrieben werden. Andere werden verdrängt, wenn Bleiberechte nur denen angeboten werden, die aus formalen Gründen Anspruch auf ihre Wohnung erheben können.

Das sind knifflige Dinge, wie eine kürzlich durchgeführte Analyse von zwei SDI-Wohnsiedlungen in Nairobi zeigte. Die

gemeinschaftsgeführte Aufwertung sollte bezahlbaren Wohnraum schaffen. Der ursprüngliche Plan sah den Bau von Einzimmer-Wohnungen mit 12 bis 16 Quadratmetern im Erdgeschoss und einer Toilette im ersten Stock vor. Denen, die schon lange dort lebten, wurden zudem Grundstücke angeboten. Das Projekt sollte inklusiv sein. Wer es sich leisten konnte, durfte einen zweiten Stock auf sein Heim bauen.

Da die Eigner jedoch Geld brauchten – teils, um Baudarlehen zurückzuzahlen –, vermieteten sie die zusätzlichen Zimmer. Die Projektverantwortlichen akzeptierten schließlich, dass das örtlichen Bedürfnissen entspricht, und werden das bei künftigen Vorhaben beachten.



DIANA MITLIN
ist Professorin für globalen Urbanismus an der Universität von Manchester und leitende Wissenschaftlerin am

Internationalen Institut für Umwelt und Entwicklung (IIED).

diana.mitlin@manchester.ac.uk

Twitter: @DianaMitlin



DAVID SATTERTHWAITE
ist Wissenschaftler am IIED und Gastprofessor am University College London.

Etappen des Aufstiegs

Die Sanierung informeller Siedlungen ist vielschichtig und verläuft auf mehreren Ebenen. Die Spannweite reicht von der Umgestaltung von Wohnungen über die Schaffung von Rechtsansprüchen bis zum Bau umfangreicher neuer Infrastruktur.

Besonders wichtig ist, dass die Bewohner ein sicheres Bleiberecht erhalten. Vom Satt und/oder privaten Landbesitzern ausgestellte Rechtstitel können den Bewohnern

die Angst vor Zwangsräumung nehmen. Das ist oft sehr wirkungsvoll. Wer sicher ist, auf Dauer bleiben zu können, beginnt in sein Heim zu investieren.

Der nächste Schritt umfasst grundlegende Verbesserungen: Installation öffentlicher Toiletten, Bereitstellung von Leitungswasser oder der Bau von Wegen durch die Siedlung. Das kann unterschiedlich ambitioniert sein. Wasser kann zu jedem Haus oder zu öffent-

lichen Zapfstellen geleitet werden. Straßen können gepflastert oder nur geebnet sein.

Die Maßnahmen sollten dem entsprechen, was in der jeweiligen Gegend als normal gilt. Sehr teure Infrastruktur wie etwa ein Abwassersystem wird vielfach nicht in Frage kommen, zumal die Instandhaltung gewährleistet werden müsste.

In einer höheren Entwicklungsstufe werden Infrastruktur und Dienstleistungen umfangreicher und umfassen Abwasserleitungen, Straßenbeleuchtung und Müllabfuhr. Die Haushalte können auch eigene

Toiletten und Stromanschluss erhalten.

Besonders in Ländern mit mittlerem Einkommen können Kommunalverwaltungen und Basisinitiativen schlichte, aber moderne Wohnungen bauen, etwa Betonblöcke mit ein oder zwei Räumen. Wo die Bevölkerungsdichte hoch ist, sind Wohnblöcke mit vollständigen Leitungsnetz für jeden Haushalt sinnvoll. In dünnbesiedelten Ländern mit niedrigem Einkommen sind dagegen einfache Hütten sinnvoll, welche die Bewohner dann nach und nach auf eigene Kosten aufwerten können. dm, ds

URBANISIERUNG

Wachstum schafft Probleme

Istanbul ist die Stadt mit den meisten Einwohnern und der größten wirtschaftlichen Bedeutung in der Türkei. Das Wirtschaftswachstum und die damit einhergehenden Arbeitsmöglichkeiten führen zu einem steigenden Bedarf an Wohn- und Büroraum sowie städtischer Infrastruktur. Auch für die öffentliche Versorgung, zum Beispiel mit Trinkwasser, ergeben sich neue Herausforderungen.

Von Sarah C. Schreiner

Nach dem Militärputsch von 1980 baute die neue türkische Regierung Wirtschaft und Politik nach und nach um. Die Steigerung der Exporte des Landes war ein wichtiges Ziel. Im Zuge dessen wurden Großstädte wie Istanbul attraktiv für private und staatliche Investitionen. Geld floss insbesondere in Wohnungsbau und Infrastruktur.

Ein Amnestiegesetz führte in den 1980er Jahren zur De-facto-Legalisierung informeller Siedlungen. Das öffnete die betroffenen Grundstücke und Häuser für den Immobilienmarkt. Sie erfuhren eine große Wertsteigerung, wenn sie zudem an die städtischen Versorgungsnetze angeschlossen wurden.

Die steigende Nachfrage nach Wohn- und Büroraum verdrängte Gewerbe- und Industriegebiete ab den 1990er Jahren aus dem Zentrum an die Ränder der Stadt. Die Stadt setzte Großprojekte wie Massenwohnungsbau, den Bau der U-Bahn und andere Infrastrukturmaßnahmen unter Beteiligung türkischer und internationaler Unternehmen um.

Um Eigentumswohnungen, Bürokomplexe, Shopping-Malls und Hotels entwickeln zu können, investierten Privatunternehmen auch in die Wasserversorgung, die für diese Anforderungen unzureichend war.

Neue nationale Gesetze verliehen der Stadtverwaltung mehr finanziellen Handlungsspielraum, und sie verfolgte stärker unternehmerische Ansätze. Die Stadt sollte die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen, gleichzeitig jedoch städtische Dienstleistungen gewinnorientiert oder

mindestens kostenneutral zur Verfügung stellen.

Aufgaben wurden neu geordnet: Die zentrale Stadtverwaltung (Istanbul Metropolitan Municipality) wurde zuständig für gesamtstädtische Planungsverfahren und somit auch die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Die Bezirksverwaltungen (District Municipalities) erhielten die Hoheit über das lokale Infrastrukturmanagement. Neu war zudem die Möglichkeit, kommunale Unternehmen zu gründen, die nach privatwirtschaftlichen Maßstäben agieren.

Für die Trinkwasserversorgung gründete die Stadtverwaltung ein solches Unternehmen (ISKI). Es baute unter anderem Wasserzähler in Gebäude ein, so dass jetzt der Verbrauch messbar ist und den einzelnen Wohnungen zugeordnet werden kann. Öffentliche Brunnen wurden stillgelegt. Reparaturen an den Leitungen verbesserten



die Versorgungssicherheit, und Leitungsverluste nahmen ab. Die Stadt refinanzierte diese Investitionen, indem sie die Trinkwasserpreise an hob. Die Bewohner Istanbul geben seitdem einen größeren Anteil ihres Einkommens für die städtische Versorgung mit Trinkwasser aus. Die Möglichkeit für ärmere Menschen, sich Trinkwasser kostenfrei über Brunnen oder Leitungen ohne Wasserzähler zu besorgen, verschwand zunehmend.

AUSWIRKUNGEN AUF DAS UMLAND

Am Beispiel der Trinkwasserversorgung wird deutlich, dass Istanbul's Urbanisierung



Trinkwasserlieferant in Istanbul.

und der Umgang der Stadt damit massive Auswirkungen auf das Stadt-Umland-Gefüge haben. Sieben Flüsse und Seen, die überwiegend außerhalb Istanbuls liegen, sichern den größten Teil der Trinkwasserversorgung der Stadtbevölkerung. Das Wasser gelangt entweder über städtische Leitungen oder über private Wasserlieferanten zu den Menschen. Zur Speicherung dienen dezentrale Tanks.

In neuen Siedlungen, die an das Bestandsnetz angeschlossen werden können, stellt ISKI die Trinkwasserversorgung bereit. In Stadtrandlagen, wo das nicht wirtschaftlich ist, bieten ISKI sowie Privatanbieter eine dezentrale Versorgung an. Die Konkurrenz der kommunalen und privaten Versorger wirkt sich positiv auf die Trinkwasserqualität und die Preise aus.

Da in Istanbul mit steigender Einwohnerzahl auch der Trinkwasserbedarf weiter zunimmt, wird zusätzliches Wasser mit Lkw aus immer weiter entfernten Regionen in die Stadt transportiert. Dadurch verknappt sich das Trinkwasser für die Bewohner und die Landwirtschaft in den Gewinnungsregi-

onen. Solche Stadt-Umland-Kooperationen sind nur möglich, weil kommunale und privatwirtschaftliche Wasserversorger aus Istanbul Lieferverträge mit Regionalverwaltungen außerhalb der Stadtgrenzen schließen. In der Folge vergrößert sich der Konkurrenzkampf um die Wasserressourcen und steigen die Preise für die Belieferung der Stadtbevölkerung.

FAZIT

Traditionell zielt die Stadt- und Infrastrukturentwicklung in Istanbul auf Wachstum ab. Gleichzeitig hat eine Flexibilisierung der Planungsinstrumente neue Möglichkeiten für staatliche und privatwirtschaftliche Akteure eröffnet, um die kommunale Infrastruktur zu verbessern.

Das führt einerseits zu zahlreichen Investitionen in bestehende Systeme – wie etwa die Wasserversorgung. Andererseits bringt das stetige Wachstum der Stadt neue Anforderungen für die städtische Infrastruktur mit sich.

Privatisierung und die Auslagerung staatlicher Aufgaben haben die Trinkwas-

serversorgung in Istanbul von einer kostengünstigen Daseinsvorsorge zu einem Handelsgut gemacht. Heute konkurrieren kommunale und rein privatwirtschaftliche Versorgungsunternehmen um Kunden und Ressourcen.

Die größte Herausforderung besteht darin, eine integrierte Entwicklung für die gesamte Metropolregion voranzutreiben. Hierzu sollte die Stadt die Zusammenarbeit mit Partnern in der Region ausbauen und bei der Planung neuer Wohnsiedlungen auch soziale und ökologische Faktoren stärker einbeziehen. Denn Flächenversiegelung für Wohnungsbau innerhalb der Stadt steht in direktem Zusammenhang mit Land-Stadt-Migration sowie Umweltproblemen im Umland. Die Stadtentwicklungsstrategie Istanbuls scheint bislang jedoch kaum auf einen Ausgleich der Lebensverhältnisse in der Region abzielen.



SARAH C. SCHREINER
ist freiberufliche Stadtplanerin
und betreibt ein
Ingenieurbüro in Hamburg.
dr.ing.schreiner@gmx.de

Gestiegene Wohnungspreise

Die Stadtentwicklung hat in Istanbul mit der rasanten Einwohner- und Wirtschaftsentwicklung nicht Schritt gehalten. Spätestens seit der Jahrtausendwende entwickelte sich die türkische Metropole zu einer gespaltenen Stadt.

Während einkommensschwache Bewohner in baufälligen Wohnungen im traditionellen Zentrum oder in schlecht erschlossenen Siedlungen am Stadtrand leben, bevölkern die neuen Mittel- und Oberschichten die attraktiven Lagen, die mit neuen Wohnungen, Naturnähe, Bosphorus-Blick und guter Infrastruktur-Anbindung locken. Immer mehr Natur-

schutz- und Wassereinzugsgebiete weichen der steigenden Nachfrage nach exklusiven Wohn- oder Bürokomplexen. Die Bodenpreise im Stadtzentrum steigen. In historisch ge-



Bauboom in Istanbul.

prägten Stadtteilen führt das oft entweder zu Kahlschlag und Neubau oder zu Sanierung – beides macht das Wohnen teurer.

Grundsätzlich sind der Immobilienmarkt und die städtische Infrastruktur staatlich reguliert. Die Stadt setzt darauf, über neue Verordnungen

zur Flächennutzung, große Infrastrukturprojekte oder die Ausweisung neuer Entwicklungsflächen die Urbanisierung voranzutreiben. Dazu schließt sie Allianzen mit Privatunternehmen und Hausbesitzern und fördert privatwirtschaftliche Investitionen.

Beispielsweise geht die Stadtverwaltung für einzelne Siedlungsbauprojekte, vor allem für die neue urbane Mittel- und Oberschicht, Public-private Partnerships (PPPs) ein oder lässt reine Investorenprojekte zu. Die Stadt konzentriert sich dabei auf die Lenkung und Kontrolle der Bauvorhaben – und überlässt die inhaltliche Gestaltung weitgehend den Projektentwicklern, solange sie den übergeordneten stadtentwicklungspolitischen Zielen entsprechen.



Fiebermessung wegen Covid-19 in einem Mumbaier Slum.

ELENDSVIERTEL

Stadt der Migranten

Mumbai ist Indiens Wirtschaftszentrum, sieht aber von oben aus wie ein Netzwerk von Elendsvierteln. Die Menschenmassen, die in den Slums wohnen, schätzen den Chancenreichtum der Metropole.

Von Rahman Abbas

Mumbai – früher Bombay – ist für viele Dinge bekannt: pulsierendes Nachtleben, quirliche Slums, erdrückende Staus, extreme Armut, lebhaft und gewalttätige Politik, eine glitzernde Filmindustrie (Bollywood) und diverse Kunst- und Kulturstätten. Wichtig ist aber auch, dass alle Einwohner auf die eine oder andere Weise zugewandert sind.

Einige kommen aus dem Umland, andere von weit entfernten Orten in Indien und den Nachbarländern und manche auch aus Übersee. Was sie unterscheidet, ist, ob sie erst gestern, vor ein paar Jahren oder schon vor Jahrzehnten hergekommen sind.

Für asiatische Verhältnisse ist Mumbai eine junge Stadt. Portugiesische Kolonialherren gründeten sie vor 500 Jahren. Der Ballungsraum wächst weiterhin schnell und

hat nun eine Bevölkerung von über 20 Millionen, von denen 12 Millionen innerhalb der Stadtgrenzen leben. Etwa eine Million ist seit 2015 hergekommen, und nicht einmal die Hälfte davon stammt aus dem Bundesstaat Maharashtra, dessen Hauptstadt Mumbai ist. Von ihnen empfinden sich viele gar nicht als Zuwanderer, denn ihre Sprache Marathi ist hier die Ansprache. Allerdings werden in Mumbai auch alle anderen indischen Sprachen gesprochen – und Englisch, als Erbe der 300 Jahre lang dominanten Kolonialmacht.

Mumbai diskriminiert bei der Zuwanderung nicht nach Hautfarbe, Kaste oder Religion. Es gibt aber Spannungen, und die mächtige Regionalpartei Shiv Sena nutzt das geschickt aus. Manchmal betont sie ihre hinduistische Identität. Sie kann sich aber auch gegen Nord- oder Südländer wenden. Wie allen Parteien Mumbais werden ihr Korruption, Vettern- und Günstlingswirtschaft vorgeworfen.

Die Stadt ist voller Menschen und für neue Siedlungen fehlt der Platz. Dennoch reißt der Zustrom nicht ab. Das typische Muster ist, dass zuerst ein einzelnes Indi-

viduum kommt – meist, aber nicht immer, ein Mann. Er übernachtet in einem kleinen Wohnheim mit anderen Arbeitern oder mietet sich ein winziges Zimmer. So oder so lebt er in einem Slum. Sein Hauptziel ist, genug Geld zu verdienen, um andere Familienmitglieder nachzuholen. Wer viel Geld nach Hause schicken muss, um besonders arme Verwandte zu unterstützen, hat damit möglicherweise keinen Erfolg. Manche Pechvögel werden drogenabhängig oder müssen sich prostituieren. Sie entkommen den schlimmsten Wohnverhältnissen nie.

Den meisten Migranten gelingt es aber irgendwann, ihre Familie in der Großstadt wieder zu vereinen. Sie sagen dann, Mumbai habe sie reich beschenkt und ihr Leben erträglich gemacht (so ist es übrigens auch meiner eigenen Familie ergangen – siehe Kasten nächste Seite). In der Metropole können Menschen der entsetzlichen ländlichen Armut entfliehen. Genau deshalb kommen ständig weitere Zuwanderer hier an.

In Mumbai leben heute 21 000 Menschen pro Quadratkilometer. Die Volkszählung von 2011 zeigte, dass 42 Prozent in einem Slum wohnen. Wenn alle Varianten von billigem Wohnraum mitgezählt werden, steigt ihr Anteil sogar auf 57 Prozent.

Ein Netz von Slums durchzieht die ganze Stadt. Wer eines der Armutsquartiere betritt, fühlt sich wie in einem Labyrinth – oder einer Hölle. Wasser steht in offenen Gräben und überall liegt Müll. Abfallhaufen sind von Katzen, Hunden und Ziegen bevölkert – sowie von Ratten, Hühnern und nackten Kindern. Dennoch empfinden die Anwohner die Situation als gut, denn im Gegensatz zum Heimatdorf haben sie hier Aussichten auf Arbeit. Sie können auch neue Kompetenzen erwerben und ihren Kindern eine solide Schulbildung ermöglichen.

PANDEMIE-LOCKDOWN

Die Lebensbedingungen im Slum sind offensichtlich unhygienisch, und Malaria, Cholera, Ruhr, Typhus und Gelbsucht sind verbreitet. Die meisten Menschen leben mit anderen in einem einzigen Raum, sodass Abstandhalten nicht möglich ist. Als Dach dient oft eine Zeltplane, und viele Hütten sind provisorische Bretterbuden. Dass sich das neue Coronavirus schnell verbreitete, war keine Überraschung. Im Frühjahr ergab eine Stichprobe mit 7000 Slumbewohnern, dass die Hälfte infiziert war.



Die Bundesregierung in Delhi verhängte schnell einen harten Lockdown über das ganze Land. Die Slumbewölkerung traf er besonders brutal. Die Leute waren in winzigen Zimmern gefangen, die sie oft mit Fremden teilten und in denen sie keinen frischen Luftzug abbekamen. Die Menschen konnten zudem kein Geld mehr verdienen. Hunger ließ manche rebellieren, aber die Polizei griff hart durch. Covid-19 breitete sich derweil weiter aus. Die Sterberate blieb aber verhältnismäßig niedrig – nicht zuletzt, weil die Slumbewölkerung sich so gut wie möglich an Hygieneregeln wie Maskentragen hielt. Sie verdient Lob für die Disziplin, mit der sie dieser Krise begegnete, aber die Mittelschichten verachten sie nur und behaupten, sie verbreite die Seuche.

Fest steht, dass die Behörden nicht für hygienische Verhältnisse in den Armutsvierteln sorgen. Auch heute mangelt es in Mumbais Slums am Zugang zu si-

cherem Trinkwasser. Amtliche Statistiken zeigen, dass nur 73 Prozent der Slums Gemeinschaftstoiletten haben. Von zivilgesellschaftlichen Organisationen betriebene Bezahltoiletten gibt es nicht mal in einem Prozent der Slums. Die Verrichtung der Notdurft unter freiem Himmel bleibt folglich weit verbreitet.

LANGSAMER AUFSTIEG

Zuwanderer ringen mit vielen Schwierigkeiten, aber den meisten gelingt es, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und voranzukommen. Anfangs wohnen sie in winzigen Slumzimmern, die erdrückenden Gefängniszellen gleichen. Irgendwann ziehen sie aber in bessere Behausungen um. Was Außenstehende anfangs nicht erkennen, ist, dass es erhebliche Qualitätsunterschiede zwischen und innerhalb von Slums gibt.

Bemühungen, die Wohnsituation armer Menschen zu verbessern, haben durchaus etwas bewirkt. Teils waren es staatliche Maßnahmen, teils Initiativen der Zivilgesellschaft. Wer in einem aufgewerteten Slum lebt, hat beispielsweise meist einen legalen Anschluss an das Stromnetz. Die Qualität der Wasser- und Sanitärversorgung ist nicht überall gleich schlecht. Das amtliche Slum Rehabilitation Programme hat Ergebnisse gezeitigt. Obendrein gab es staatliche Lotterien, bei denen besserer Wohnraum verlost wurde. Mit gutem Grund vermuten aber viele, dass Schmiergeld dabei eine Rolle spielte.

Insgesamt ist die Lage in den Slums jedoch kaum besser geworden. Weil ständig neue Menschen hinzukommen, wächst die Bevölkerung weiter, und das Szenario bleibt elend.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind Satellitenstädte entstanden, in denen die Wohnungen aber sehr teuer sind. Zugewanderte der ersten Generation können sie sich in der Regel nicht leisten. Sie arbeiten im informellen Sektor und können Banken folglich kreditrelevante Dokumente nicht präsentieren. In den neuen Vorstädten leben Mittelschichten, die ihr Einkommen in einer registrierten Firma oder dem Staatsdienst verdienen. Die bloße Tatsache, dass sie nicht mehr in Mumbai wohnen, reduziert aber immerhin den Bevölkerungsdruck in der Stadt.



RAHMAN ABBAS

lebt als Romanautor in Mumbai. Er schreibt auf Englisch und Urdu. 2018

gewann er mit dem Roman

„Rohzin“ den angesehenen Literaturpreis Sahitya Akademi Award. Das Buch ist auf Deutsch unter dem Titel „Die Stadt, das Meer, die Liebe“ im Draupadi-Verlag (Heidelberg, 2018) erschienen. Penguin Random House India wird 2021 zwei Romane von Rahman Abbas auf Englisch veröffentlichen – darunter auch eine Übersetzung von „Rohzin“.

rahmanabbas@gmail.com

<https://www.facebook.com/rahman.abbas.12>

Unsere Erfahrung

Mumbai bot meiner Familie Chancen – und die Freiheit, uns nach unseren eigenen Vorstellungen zu entfalten.

Als ich sechs war, brachte mein Vater uns nach Mumbai. Ich hatte drei Geschwister, und unsere sechsköpfige Familie lebte in einem einzigen Zimmer. Es war sehr klein. Nur mein Vater verdiente Geld. Meine Mutter konnte kaum lesen, was in den frühen 1970er Jahren nicht ungewöhnlich

war. Sie stand morgens um fünf Uhr auf, um Wasser aus einem halben Kilometer Entfernung zu holen. Wir hatten einen illegalen Stromanschluss, aber er funktionierte nur von 19 Uhr bis 6 Uhr. Unsere Notdurft verrichteten wir in Büschen oder auf der Straße.

Zwei Jahrzehnte später, in den frühen 90er Jahren, wurden in unserem Slum an zwei Stellen Gemeinschaftstoiletten eingerichtet. Für mehr

als 4000 Menschen gab es nun 16 Toiletten. Die Schlangen waren immer lang und es gab ständig Streit. Die Toiletten waren schmutzig, und wir mussten unser Wasser selbst mitbringen.

Unser Dach war eine Zeltplane. Im Sommer litten wir unter Hitzeauschlägen. Im Monsun war das ganze Viertel überschwemmt. Das Wasser stieg uns bis zum Knie. Deprimierenderweise leben die meisten Slumbewohner Mumbais noch immer in solchen Verhältnissen (siehe Hauptartikel). Vor unserer Gasse war

ein großer, offener Wassergraben. Streunende Hunde und Katzen lebten dort – sowie, vor allem in der Regenzeit, Schlangen.

2001 begann mein großer Bruder Geld zu verdienen und wir zogen in eine bessere Wohnung. Im Verlauf von 40 Jahren hat diese großartige Stadt meiner Familie ermöglicht, Einkommen zu erzielen und uns zu entfalten. Meine Geschwister und ich sind gut gebildet und haben Berufe unserer Wahl ergriffen. Ich habe mich entschieden, Romane zu schreiben. ra

ENERGIEEFFIZIENZ

Wettlauf gegen den Klimakollaps

Heutzutage sollte kein Bau- oder Modernisierungsvorhaben mehr ohne Berücksichtigung der Energiebilanz umgesetzt werden. Denn der Gebäudesektor spielt für die Erreichung der Klimaziele eine entscheidende Rolle: Bau und Betrieb von Gebäuden sind für knapp 40 Prozent der globalen energiebezogenen CO₂-Emissionen verantwortlich. Und sie verursachen mehr als ein Drittel des weltweiten Endenergieverbrauchs.

Von Sanna Stockstrom und Matthias Zilbauer

Das Klimasekretariat der Vereinten Nationen fordert ein „Race to Zero“, einen Wettlauf gegen Emissionen – und gegen die Zeit. Ziel ist es, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase bis 2050 auf null zu reduzieren. Der Energieverbrauch für den Gebäudesektor kann dazu einen zentralen Beitrag liefern. Ernüchternd ist, dass alle bisherigen Anstrengungen, den Energieverbrauch als Hauptquelle der weltweiten Emissionen zu reduzieren, sich in der Bilanz nicht niederschlagen. Im Gegenteil: Der Energieverbrauch steigt im Gebäudesektor weiterhin an. Laut Internationaler Energieagentur (IEA) ist dafür unter anderem die verstärkte Nutzung elektrischer Geräte verantwortlich.

Zwar verbessert sich die Effizienz der Geräte, aber ihr absoluter Zuwachs überkompensiert diese Effizienzgewinne. Ein wesentlicher Treiber ist der stark steigende Kühlbedarf für Gebäude. Seit 1990 haben sich die jährlichen Verkäufe auf weltweit 135 Millionen Klimaanlage vervierfacht. Tendenz steigend. 1,6 Milliarden installierte Geräte, die Hälfte davon allein in den USA und in China, verbrauchen jährlich 2000 Terawattstunden Strom – das entspricht dem zweieinhalbfachen jährlichen Stromverbrauch von ganz Afrika.

Ein weiterer Faktor ist die weltweite demographische Entwicklung: Im Jahr 2050 werden rund 9,7 Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Es werden also etwa 2 Milliarden Menschen mehr als heute Platz zum Wohnen, Arbeiten und Leben benötigen. Das führt zu einem überproportionalen

Anstieg der Gebäudeflächen. Zwischen 2010 und 2018 ist die Bevölkerung um knapp 10 Prozent gewachsen, die Gebäudeflächen aber nur um über 20 Prozent.

In Gebäudefläche gemessen, wird derzeit alle fünf Tage ganz Paris neu gebaut. Durch die Langlebigkeit von Gebäuden ergeben sich enorme Herausforderungen, aber auch Chancen. Die Hälfte aller Gebäude, die im Jahr 2060 existieren werden, sind heute noch nicht gebaut. Aber was jetzt versäumt wird, wirkt sich auch in Jahrzehnten noch aus. Im Hinblick darauf muss unser Anspruch sein, bereits heute vorausschauend zu agieren.

KANON AN AKTIVITÄTEN

Hierfür ist ein Kanon an Aktivitäten erforderlich. In einem gemeinsamen Fahrplan bis zum Jahr 2050 konzentrieren sich die Internationale Energieagentur und die aus der 21. Klimakonferenz hervorgegangene „Global Alliance for Buildings and Construction“ (GlobalABC) auf acht wesentliche Themen:

- Stadtplanung,
- neue Gebäude,
- Bestandsrenovierung,
- Gebäudemanagement,
- effiziente Systeme,
- nachhaltige Baustoffe,
- Klimaresilienz und

- saubere Energie.

Hierbei wird deutlich, dass die oft als Kernstück angesehenen Maßnahmen wie Dämmung oder Mehrfachverglasung lediglich ein Rädchen im Getriebe sein können. Im Kern geht es darum, Effizienz und Nachhaltigkeit in allen ineinandergreifenden Werkstücken mitzudenken. Dabei sind Rahmenbedingungen auf hoher Ebene, beispielsweise über „Building Codes“, und Zieldefinitionen in den nationalen Klimaschutzplänen (NDC) nötig, aber auch die konkrete Erstattung von Mehrkosten („viability gap funding“) für höchste Energieeffizienzstandards in Neubauten. Eine Steigerung der Renovierungsrate ist zwingend erforderlich, außerdem der Einsatz neuer Technologien und nachhaltiger Baustoffe, um nur einige wichtige Aktionsfelder zu benennen.

Die KfW Entwicklungsbank unterstützt im Auftrag der Bundesregierung das „Race to Zero“ auch für den Gebäudesektor weltweit. Je nach Partnerland, den lokalen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen unterscheiden sich die Ansätze der KfW erheblich. Um ein Beispiel zu nennen: Die KfW kann die politischen Rahmenbedingungen dann mitgestalten, wenn eine vertiefte, enge Zusammenarbeit besteht wie beispielsweise in Georgien. Unter umfangreichem finanziellen Einsatz und auf Basis langjähriger vertrauensvoller Kooperation ist es dort gelungen, gemeinsam hohe Energieeffizienzstandards zu erarbeiten und nun im öffentlichen Gebäudebereich umzusetzen.

In Indien setzt die KfW mit ihrem Finanzierungsangebot auf Baustandards auf,



EcoCasa ist ein von der KfW unterstütztes Projekt in Mexiko, das energieeffizienten sozialen Wohnungsbau finanziell fördert.

die das Land zuvor mit Unterstützung der GIZ weiterentwickelt hat. Partner der KfW ist mit der State Bank of India die größte Bank des Landes, die eine Vielzahl von Kunden erreicht. Für Baumaßnahmen mit Energieeinsparungen von über 40 Prozent gegenüber dem Standard stehen Zuschüsse zur Verfügung. Diese garantieren eine wirtschaftliche Tragfähigkeit und sollen Vorbildcharakter für eine flächendeckende Einführung entfalten – schließlich ist Indien beim Energieverbrauch im Gebäudesektor weltweit die Nummer drei.

LEUCHTTURMVORHABEN IN MONTENEGRO

In Montenegro hat die KfW im Rahmen eines umfangreichen Energieeffizienzprogramms ein besonderes Vorhaben auf Niedrigstenergie-Niveau (nearly zero energy building, nZEB) in Planung. Die Nähe des Balkans zur Europäischen Union, hohe Energiekosten und Investitionsstau im Bereich erneuerbarer Energien und der Gebäudesanierung sind ausschlaggebend für die

Förderung. Ein Prozent der Gesamtfläche der staatlichen Gebäude sind gemäß EU-Betriebsverfahren jährlich energetisch zu sanieren. Die KfW hat eine subventionierte Kreditfinanzierung für moderne Energiemanagement-Systeme für alle 2500 öffentlichen Gebäude in Montenegro zugesagt.

Der Einsatz von moderner Sensorik und Messtechnik in intelligenten Stromzählern („Smart Meters“) ermöglicht eine enge automatische Beobachtung des Verbrauchs im 15-Minuten-Takt. Große Verbraucher können nun identifiziert werden. Neben Energie lässt sich auch Wasser einsparen. Weltweite Erfahrungen weisen beim Einsatz eines solchen „Energy Monitoring and Management“-Systems auf ein Einsparpotenzial von bis zu 20 Prozent hin. Die Stadt Frankfurt, Sitz der KfW, diente in diesem Fall als Vorbild für die Konzeption und Umsetzung des Systems in Montenegro.

Über die Energieeinsparung hinausgehend muss die Nachhaltigkeit von Gebäuden im gesamten Lebenszyklus und die Kreislaufwirtschaft in den Vordergrund rü-

cken. Denn auch das effizienteste Haus benötigt Dächer und Wände, deren Produktion CO₂-„Fußspuren“ hinterlassen. Der Weg zur vollständigen Beseitigung des sogenannten Carbon Footprints führt daher nur über den Einsatz nachhaltiger und in der Regel lokaler Baustoffe. Die KfW fördert ihre Verwendung sowie die Installation von Solar- und Photovoltaik-Dachanlagen zum Beispiel im Rahmen des Projekts „EcoCasa“ in Mexiko (siehe Kasten unten).



SANNA STOCKSTROM
ist Portfoliomanagerin aus dem Team Städtische und Soziale Entwicklung bei der KfW Entwicklungsbank.

sanna.stockstrom@kfw.de



MATTHIAS ZILBAUER
ist Sektorökonom im Kompetenzzentrum Klima und Energie der KfW Entwicklungsbank.

matthias.zilbauer@kfw.de

Foto: KfW/Sanna Stockstrom; KfW/Matthias Zilbauer

Energieeffiziente Neubauten

Das Projekt „EcoCasa“ bietet finanzielle Anreize und technische Unterstützung für Immobilienentwickler, um die Energieeffizienz bei Neubauten zu steigern und somit Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Es ist eine gemeinsame Initiative der mexikanischen Entwicklungsbank „Sociedad Hipotecaria Federal“ (SHF), der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und der KfW Entwicklungsbank, gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Das Programm besteht aus subventionierten Darlehen und Zuschüssen, welche die Mehrkosten für den Einsatz effizienterer Technologien im Vergleich zum üblichen Baustandard ausgleichen. Somit werden

Investitionen in Gebäudedämmung, reflektierende Außenfarben, effiziente Boiler oder Kühlschränke, solarthermische Anlagen, mehrfach verglaste Fenster und vieles mehr für die Immobilienkäufer rentabel. Die dadurch erreichten Einsparungen bei Strom-, Gas-, Wasserverbrauch dienen dem Klima und schonen den Geldbeutel der Eigentümer oder Mieter.

Im Fall von EcoCasa ist dies bislang in beachtlichem Umfang gelungen. Bis Anfang 2020 konnten mehr als 58000 Wohneinheiten unterschiedlicher Effizienzklassen finanziert werden. Im Durchschnitt verringern diese Wohnungen bislang den Endenergieverbrauch um rund 25 Prozent, die CO₂-Emissionen sogar um mehr als 30 Prozent gegenüber

dem bisherigen Standard vergleichbarer Neubauten in Mexiko. Hochgerechnet auf eine angenommene Lebenszeit der Häuser von 40 Jahren, senkt EcoCasa so die Emissionen, die ohne das Programm zu erwarten gewesen wären, um rund 1,8 Millionen Tonnen CO₂.

Der Anspruch von EcoCasa ist eine Verbindung von Klimaschutz und sozialer Wirkung. Nur wenn es gelingt, auch der sozial schwachen Bevölkerung nachhaltige Wohngebäude zu ermöglichen, kön-

nen die Klimaziele erreicht werden. Daher beinhaltet EcoCasa auch staatlich geförderten sozialen Wohnungsbau und unterstützt eine integrierte Stadtentwicklung. Dies bedeutet, dass Parkanlagen, lokale Gewerbeflächen, Schulen, Gesundheitszentren, Spielplätze und Sportplätze mitgeplant werden. Diese stärken nachbarschaftliche Gemeinschaften und die Lebensqualität in den neuen Quartieren.

Gleichwohl bleiben typische Herausforderungen von Infrastrukturprojekten bestehen. Die Pflege und der nachhaltige Betrieb eines Bolzplatzes oder Gemeindezentrums gelingt nicht immer. Die Planung von „grünen“ Gebäuden mit nachhaltigen Baumaterialien ist eine Sache, die Kapazitäten und Ausbildung lokaler Handwerksbetriebe oder die lokale Beschaffung ausgezeichnete Baustoffe eine andere. ss,mz



STEPMAP

FACHLITERATUR

Vorbild Singapur

Singapur nutzt laut einer Analyse von UN-Habitat den öffentlichen Wohnungsbau vorbildhaft für die Gestaltung von Lebensräumen in der Stadt. Über die Jahrzehnte hat sich das Konzept gemäß den veränderten Bedürfnissen der Menschen und der Entwicklung des Stadtstaats gewandelt.

Von Katja Dombrowski

Die Bereitstellung von öffentlichem Wohnraum in Singapur ist einzigartig. 82 Prozent der rund 5,8 Millionen Einwohner leben in Wohnungen, die die staatliche Wohnungsbaugesellschaft Housing Development Board (HDB) errichtet hat. In den günstigsten dieser Wohnungen liegen die Mieten weit unter dem Marktpreis. Ein großer Teil wird verkauft, so dass auch der Anteil von Wohneigentum in dem dicht besiedelten südostasiatischen Land sehr hoch ist.

Singapur ist ein globales Finanz- und Handelszentrum, in dem freie Marktwirtschaft herrscht. Doch an entscheidenden Stellen greift der Staat regulatorisch ein – unter anderem, um sozialen Ausgleich in der „Millionärsoase“ mit sehr hohen Lebenshaltungskosten zu schaffen (siehe Konversation mit Anna-Katharina Hornidge in E+Z/D+C e-Paper 2020/10, Schwerpunkt).



Ansicht von Chinatown in Singapur: Im Hintergrund ein Teil des Wohnkomplexes Pinnacle@Duxton, den die staatliche Wohnungsbaugesellschaft Housing Development Board errichtet hat.

Das Thema Wohnen spielt in dem Zusammenhang eine große Rolle.

UN-Habitat, das Wohn- und Siedlungsprogramm der UN, widmet Singapur den jüngsten Teil seiner „Housing Practice Series“. Die Reihe stellt Programme zum öffentlichen Wohnungsbau weltweit vor, um vor allem Entwicklungsländern Möglichkeiten aufzuzeigen, Wohnraum in Städten zu schaffen, die Bildung von Slums zu reduzieren und die Wohnbedingungen der Menschen zu verbessern. Ziel ist es, angemessenen, erschwinglichen und nachhaltigen Wohnraum für alle zu schaffen, wie auch im 11. Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) der UN vereinbart ist.

Singapur hat Anfang der 1960er Jahre in Reaktion auf das starke Bevölkerungswachstum begonnen, staatliche Wohnungen zu bauen. Seitdem hat die HDB mehr als eine Million Wohneinheiten errichtet – und damit zugleich weitere stadtplanerische Ziele erreicht, etwa die Beseitigung von Slums, eine Neuentwicklung des Stadtzentrums und den Aufbau von Industrie, sowie gesellschaftliche und politische Herausforderungen gelöst, die sich aus der sehr heterogenen und ethnisch diversen Bevölkerung ergeben.

Laut dem UN-Bericht war der Ansatz unter anderem deshalb so erfolgreich, weil für die Menschen weit mehr als ein bezahlbares Dach über dem Kopf entstanden sei: Um die Häuser herum schuf die Stadt ein Umfeld, in dem die Bewohner leben und arbeiten, lernen und ihre Freizeit verbringen. So machte sie die Wohnkomplexe – unter starker Beteiligung der Menschen und in Kooperation mit allen relevanten Behörden – zum Mittelpunkt sozialer Infrastrukturen. Die Identifikation der Menschen mit diesem Umfeld sei sehr groß. Damit hängt auch ein weiterer Faktor zusammen: Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern wird sozialer Wohnungsbau in Singapur nicht mit schlechter Qualität und Unterschicht in Verbindung gebracht.

ZWEI SEGMENTE

In den 1980er Jahren stellte der Staat den sozialen Wohnungsbau vorübergehend ein und gab das Ziel aus, dass möglichst alle Menschen in Eigentumswohnungen leben sollten. So zerfiel der öffentlich errichtete Wohnraum in zwei Segmente: neuere, größere Eigentumswohnungen und kleinere, ältere Mietwohnungen. Das hatte zur Folge, dass der Bedarf in der Mitte zwischen Sozialwohnung und Eigentum nicht mehr gedeckt wurde. Mittlerweile sind aber auch kleine Wohnungen zum Kauf auf dem Markt.

Ab 1990 lag der Fokus darauf, die in die Jahre gekommenen Gebäude zu renovieren und das Umfeld zu verbessern. Viele Bewohner sind in den Wohnungen alt geworden, ihren veränderten Bedürfnissen sollte im Rahmen des Modernisierungsprogramms Rechnung getragen werden. Aktuell konzentriert sich die HDB vor allem darauf, attraktiven Wohnraum für die nächste Generation an Bewohnern zu schaffen.

Laut UN-Habitat zeigt das Beispiel Singapurs, dass es möglich ist, die allgemeine Entwicklung hin zu immer weniger Sozialwohnungen umzudrehen, und dass Wohnraumförderung nach wie vor in wirtschaftlich unsicheren Zeiten zu gesellschaftlicher Stabilität beitragen kann.

LINK

UN-Habitat, 2020: Housing Practice Series – Singapore.
<https://unhabitat.org/housing-practice-series-singapore>

Coronakrise

Da E+Z/D+C vorrangig dauerhaft relevante Themen behandelt und nicht aktuell Bericht erstattet, waren wir auf Covid-19 noch weniger vorbereitet als andere. Wir haben aber auf www.dandc.eu ein Tagebuch eingerichtet, in dem Autoren von bislang vier Kontinenten über die Pandemie geschrieben haben. Hier folgen einige aktuelle Einträge. Da der Sachstand sich schnell ändern kann, ist das Erscheinungsdatum auf der Website maßgeblich.

Unser Web-Tagebuch: <https://www.dandc.eu/node/4306>



27. DEZEMBER 2020

Tödliches Unwissen

In Sambia kommen immer mehr Verstorbene im wichtigsten Krankenhaus des Landes an. Das könnte mit dem weit verbreiteten Unwissen über Covid-19 zusammenhängen – und damit, dass viele Menschen die Vorsichtsmaßnahmen nicht einhalten.

Von Derrick Silimina

In Sambia sterben immer mehr Patienten, bevor sie die Uniklinik in Lusaka erreichen, das größte Krankenhaus des Landes. „Wir verzeichnen eine Zunahme von Fällen, in denen Tote eingeliefert werden“, sagt Lloyd Mulenga, der die Abteilung Infektionskrankheiten im Gesundheitsministerium leitet. Die Uniklinik habe zwischen Juni und November 4339 solcher Fälle registriert, während es im gleichen Zeitraum im Vorjahr 3711 gewesen seien.

Die Todesursachen sind vielfältig, nicht alle haben mit Covid-19 zu tun. Doch der Anstieg könnte laut Mulenga durchaus mit der Pandemie zusammenhängen – und ein Zeichen dafür sein, dass viele Sambier die Vorsichtsmaßnahmen nicht einhalten.

Mitte Dezember hatte das Land laut der unabhängigen Statistikwebsite worldometers.info 18 400 Coronafälle und 367 Coronatote. Die Zahlen nahmen weiter zu.

Dass es immer mehr von ihnen nicht rechtzeitig ins Krankenhaus schafften, könnte auch mit der wachsenden Tendenz zusammenhängen, Covid-19 selbst zu behandeln. Viele Menschen nähmen dagegen Medikamente ein, die für andere Krankheiten entwickelt wurden, oder probierten „verschiedene Kräutermischungen“, sagt Mulenga. „Das untergräbt die medizinischen Anstrengungen, das Virus unter Kontrolle zu bringen und Neuinfektionen zu verhindern.“

Der Arzt Nyambe Mukubesa, der ebenfalls im Gesundheitsministerium arbeitet, bestätigt das. „Viele Bürger missbrauchen Malariamedikamente und andere Medizin, um Covid-19 zu behandeln, ohne medizinischen Rat einzuholen“, berichtet er. „Eine weitere Zunahme von Fällen ist somit wahrscheinlich.“

Eine Umfrage des internationalen Marktforschungsunternehmens Ipsos im März und April dieses Jahres in Sambia brachte weitverbreitetes Unwissen zutage: Mehr als die Hälfte der 1035 Befragten (54 Prozent) glaubte demnach, dass Zitronensaft und Vitamin C vor dem Virus schützten, fast ebenso viele (49 Prozent) waren überzeugt, dass das warme Klima die Verbreitung von Corona verhindere.

Die Ergebnisse hat Ipsos in dem Bericht „Responding to Covid-19: Highlights of a Survey in Zambia“ veröffentlicht. Dort heißt es auch: „Jeder Vierte glaubt, dass Covid-19 mit Knoblauch geheilt werden kann, und beträchtliche Minderheiten denken, dass Afrikaner es nicht bekommen können (15 Prozent) oder dass das Trinken von Bleichmittel dagegen hilft (9 Prozent).“

Falsche Annahmen können auch zu unnötiger Angst führen. „Ich dachte, dass nur alte Menschen oder solche mit Vorerkrankungen das Virus bekommen könnten“, sagt die 33-jährige Mercy Chilongo. „Als ich selbst Covid-19 bekam, dachte ich, das sei mein Ende.“ Mittlerweile ist sie genesen.

In manchen Fällen kennen die Menschen die richtigen Vorsichtsmaßnahmen, können sie aber nicht einhalten. Abstandhalten ist schwierig, wenn kein Zimmer zur Verfügung steht, in dem Infizierte isoliert untergebracht werden können.

Viele andere Vorsichtsmaßnahmen liegen hingegen sehr wohl in der Hand der Menschen, werden aber trotzdem nicht konsequent eingehalten. „Dass Menschen die Maske abnehmen, wenn sie sich unterhalten, oder sie auf dem Kinn tragen oder dass sie keinen Abstand halten, ist ein Kampf, dem wir uns weiter stellen müssen“, sagt Gesundheitsminister Chitalu Chilufya.



DERRICK SILIMINA
ist freier Journalist in Lusaka.

derricksilimina@gmail.com



Gesichtsmasken, Schutzanzüge und Testkits werden in Kenias Krankenhäusern dringend benötigt.

13. DEZEMBER 2020

Mysteriöses Verschwinden

Medizinisches Material und Ausrüstung, die im Kampf gegen Covid-19 dringend benötigt werden, wurden für den Verkauf auf dem Schwarzmarkt gestohlen. Dies ist symptomatisch für die weitverbreitete Korruption im kenianischen Gesundheitssektor.

Von Mahwish Gul

Kenia kann die Coronavirus-Pandemie nur schwer unter Kontrolle bekommen, weil es in Krankenhäusern an Ausrüstung und Material mangelt. Selbst Basisartikel wie persönliche Schutzausrüstungen fehlen. Das

hat fatale Folgen: Es starben bereits Dutzende Mediziner.

Deshalb versucht die internationale Gemeinschaft, Kenia und anderen schwer getroffenen afrikanischen Ländern zu helfen. Hilfsorganisationen haben Kenia Güter und Zuschüsse im Wert von mehr als 2 Milliarden Dollar zur Eindämmung der Pandemie geschickt. Zu den Spendern gehören die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Weltgesundheitsorganisation und die Jack Ma Foundation, eine von Alibaba-Gründer Jack Ma gegründete philanthropische Stiftung.

Leider hat jedoch ein Großteil dieser Hilfe die Ärzte, Krankenschwestern und Patienten nicht erreicht. Ein berühmter Fall ist der sogenannte „Covid-19-Millionärsskandal“. Bei diesem Fall fand die kenianische Ethik- und Antikorruptionskommission Beweise dafür, dass die Diebe der medizinischen Güter diese der Kenya Medical Supplies Authority zum dreifachen Marktpreis verkauften.

Im vergangenen März trafen 697 Pakete mit medizinischen Hilfsgütern am Flughafen Jomo Kenyatta ein, die von der Jack Ma Foundation gespendet worden waren.

Die Stiftung schickte darin 20 000 Testkits, 100 000 Masken und 1000 Schutzanzüge und Gesichtsschutzschilde an jede bedürftige afrikanische Nation, einschließlich Kenia.

Mysteriöserweise verschwanden die Pakete kurz nach ihrer Ankunft. Medienberichten zufolge wurden viele Pakete entweder an Schwarzmarktkäufer oder an das Gesundheitsministerium zu überhöhten Preisen verkauft. Das Verkehrsministerium, das mit der Abfertigung importierter, für Regierungsbehörden bestimmter Waren beauftragt war, beschuldigte Ethiopian Airlines. Die Fluggesellschaft bestritt die Anklage. Sechs Monate später gab die Regierung nur 21 fehlende Pakete zu, und sie kann immer noch nicht sagen, wohin sie gingen.

Dies ist nur einer von mehreren öffentlichkeitswirksamen Korruptionsfällen. Insgesamt verschwanden in den ersten sechs Monaten der Pandemie schätzungsweise 400 Millionen Dollar an Geldern und Hilfsgütern. Das Problem ist nicht auf die Pandemie beschränkt. In einem Bericht der Regierung aus dem Jahr 2020 heißt es, dass Korruption und Missmanagement im Gesundheitssektor allgemein weit verbreitet sind und dass die Gesundheitsämter der Countys zu den schlimmsten Übeltätern gehören.

Die internationale Organisation zur Bekämpfung der Korruption, Transparency International, sagt, dass das Korruptionsproblem in Kenia schlimmer ist als im Durchschnitt in Subsahara-Afrika. Zusammen mit 44 anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen veröffentlichte Transparency International kürzlich einen offenen Brief an Regierungsbehörden, in dem eine Säuberung des Gesundheitssektors gefordert wurde.

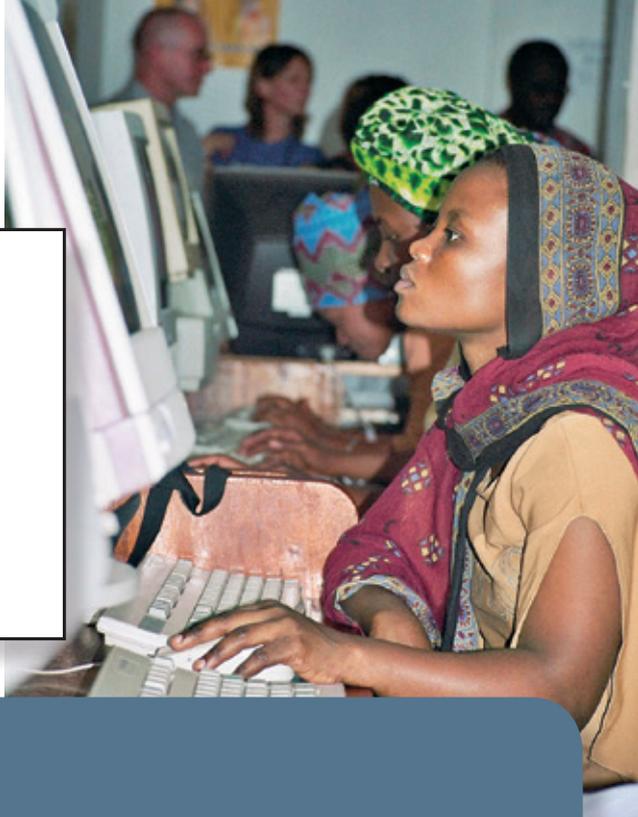
„Der Covid-19-Millionärsskandal ist kein Einzelfall. Der Gesundheitssektor kämpft seit langer Zeit mit vielen Korruptionsfällen“, schreiben die Organisationen. „Korruption gedeiht oft in Krisenzeiten“, fügte die Geschäftsführerin von Transparency International Kenia, Sheila Masinde, in einer Presseerklärung hinzu. „Selbst in Krisenzeiten versuchen manche, vom Unglück anderer zu profitieren.“



MAHWISH GUL
ist Entwicklungsberaterin und lebt in Nairobi.

mahwish.gul@gmail.com

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu



www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum English

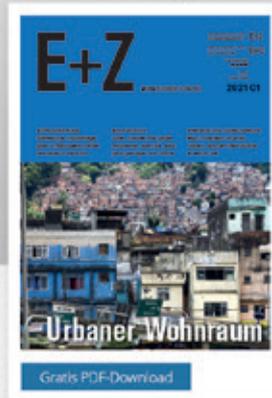
DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

KLIMAKRISE
Entwicklungsexperte zeigt Lichtblicke in der
Klimakrise auf



Aktuelles e-Paper



21.12.2020 – von Derrick Gilmore
The little tuber that could



20.12.2020 – von Quabara Beru
Im Lager mangelt es an
angemessenen sanitären



DOSSIER DES MONATS

DIE WICHTIGEN SOZIALER